

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F 8 Oberbaum 9491

Berlin, den 6. Dezember 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Gegen die Spaltungsbestrebungen

Unter der Dezeichnung: „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“ (RGO.) hat die KPD. eine neue Agitationsfiliale aufgemacht für ihre in den Abgrund führenden politischen Bestrebungen. Zur hellen Freude der politischen und sozialen Reaktion geht die Kommunistische Partei durch die Gründung eigener Verbände ganz offen zur Spaltung der Gewerkschaftsbewegung über. So wenig auch das Vorgehen der Kommunisten das feste Gefüge der freien Gewerkschaften zu erschüttern vermag, so sehr bedeutet gerade in der gegenwärtigen, von sozialen und politischen Spannungen erfüllten Zeit, jede Störung der Einheit und Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisation einen offenkundigen Verrat an den Arbeiterinteressen. Die KPD. ist gewissenlos genug, dieses gefährliche Spiel zu treiben und — um die Worte der schwerkapitalistischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu gebrauchen — als „Pfahl im Fleische der deutschen Arbeiterbewegung“ zu wirken.

Gegen diese verbrecherische Wühlarbeit setzen wir uns im Interesse der gesamten Verbandsmitgliedschaft zur Wehr. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns! Wir erklären deshalb: Die Zugehörigkeit zur RGO. ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum Gesamtverband. Mitglieder des Gesamtverbandes, die für die RGO. Propaganda machen oder innerhalb des Verbandes nach den Anweisungen der RGO. arbeiten, verstoßen gegen das Programm und die Satzung unserer Organisation und haben die daraus sich ergebenden Konsequenzen zu tragen.

Der Verbandsvorstand.

Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten

Die sozialpolitischen Bedenken, die gegen Lohnsenkungen in der gegenwärtigen Lage bestehen, werden dadurch abzuschwächen gesucht, daß man die Lohnsenkung als Voraussetzung einer Wirtschaftsaufbebung durch Senkung der Preise hinstellt. Es wird behauptet, die Kaufkraft der Arbeiterschaft werde durch die Lohnsenkung nicht beeinträchtigt, denn diese würde durch die Preisenkung wieder aufgewogen werden.

Selbst wenn allen Ernstes der Versuch einer Preisenkung gemacht würde, bliebe das Ergebnis noch immer zweifelhaft. Wenig gedient ist den Arbeitern, wenn nur der durch die Lohnsenkung begünstigte Produktionszweig seine Produkte verbilligt. Eine befriedigende Verminderung der Kosten der Lebenshaltung könnte nur eine allgemeine Senkung der Preise der Massenverbrauchsartikel bewirken. Eine allgemeine Senkung der Produzentenpreise könnte aber dazu führen, daß zahlreichen Betrieben, die sich an der Grenze der Rentabilität befinden, die Existenzmöglichkeit entzogen und die Krise verschärft würde.

Außerdem ist es fraglich, in welchem Maße die Senkung der Erzeugerpreise auch eine Senkung der Einzelhandelspreise zur Folge hat. Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, daß die letzteren nur zögernd und durchaus nicht in vollem Ausmaße einem Herabgehen der Großhandelspreise folgen. Diese Tatsache soll an Hand der amtlichen Statistik der beiden größten Industriestaaten Europas, nämlich Englands und Deutschlands, veranschaulicht werden. Die Berechnung geschieht in beiden Ländern in der Weise, daß die zu einer

bestimmten Zeit verzeichneten Großhandelspreise und Kosten der Lebenshaltung zu einem Ausgangspreis, der gleich 100 gesetzt wird, in Beziehung gebracht werden.

In England gestalteten sich die Meßziffern (Indeziffern) der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten seit 1924 wie folgt:

	Großhandelspreise	Lebenshaltungskosten		Großhandelspreise	Lebenshaltungskosten
1924	100	100	1928	84	95
1925	96	100	1929	82	94
1926	89	99	1930	75	90
1927	85	96	(1. Hälfte)		

Die Meßziffer der Großhandelspreise ist seit 1924 um 25 Einheiten gesunken, die Meßziffer der Lebenshaltungskosten, die ungefähr die Schwankungen der Einzelhandelspreise der Massenverbrauchsgüter widerspiegelt, ging in dem gleichen Zeitraum aber bloß um 10 Einheiten zurück.

Werden die amtlichen deutschen Meßziffern, die auf der Grundlage der Großhandelspreise im Jahresdurchschnitt 1913 und der Lebenshaltungskosten im Jahresdurchschnitt 1913/14 ermittelt werden, so umgerechnet, daß auch in diesem Falle 1924 das Ausgangsjahr ist, so ergibt sich bis einschließlich der ersten Hälfte 1930 die folgende Uebersicht:

	Großhandelspreise	Lebenshaltungskosten		Großhandelspreise	Lebenshaltungskosten
1924	100	100	1928	102	119
1925	103	110	1929	100	120
1926	98	111	1930	93	116
1927	100	116	(1. Hälfte)		

Die Preisbewegung verlief in Deutschland wesentlich anders als in England, wo sowohl die Großhandelspreise wie die Lebenshaltungskosten seit 1924 ununterbrochen sanken, während in Deutschland von 1924 bis 1929 kein Sinken der Großhandelspreise festzustellen war, wohl aber eine recht deutlich sichtbare fortdauernde Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung. Im ersten Halbjahr 1930 sanken die letzteren im Vergleich zu 1929 um 4 Einheiten, die Großhandelspreise jedoch um 7 Einheiten. Verglichen mit 1924, waren die Großhandelspreise in der ersten Hälfte 1930 um 7 Einheiten niedriger, die Lebenshaltungskosten dagegen um 16 Einheiten höher.

Die vorstehenden Zahlen bringen zum Ausdruck, daß die Einzelhandelspreise dem Sinken der Großhandelspreise nicht in vollem Maße oder überhaupt nicht folgen. Also selbst wenn durch Lohnsenkung eine Verminderung der Produktionskosten erreicht wird, die eine Herabsetzung der Großhandelspreise ermöglicht, bleibt es ungewiß, ob es in der Folge zu einer Ermäßigung der Einzelhandelspreise kommt, welche die Lohnsenkung nur annähernd auszugleichen ver-

mag. Die Verminderung der Preise von Industrieerzeugnissen, die noch weitere Verarbeitungs- und Verteilungsprozesse zu durchlaufen haben, wird in deren Verlauf, ehe die Erzeugnisse schließlich an den Verbraucher gelangen, wieder wettgemacht.

Auch wenn eine Preisminderung auf nachfolgenden Verarbeitungs- und Verteilungsstufen wirksam wird, geschieht das erst nach Ablauf einer beträchtlichen Zeitspanne. Das Institut für Konjunkturforschung wies nach, daß die Großhandelspreise von Verbrauchsgütern dem Rückgang der in Frage kommenden Rohstoffpreise 1925 nach neun und 1928 erst nach elf Monaten gefolgt sind. Eine weitere Verzögerung liegt in der Stufe vom Großhandel zum Einzelhandel — falls letzterer die Preisminderung nicht überhaupt auffaugt. Jedenfalls dauert es sehr lange, bis eine Senkung der Erzeugerpreise dem Verbraucher zugute kommen kann. Auch in Verbindung mit einer Preissenkung ist die Lohnsenkung ein schweres Opfer für die Arbeiterschaft, dessen Ausgleich unsicher und für die unmittelbar Beteiligten unbefriedigend ist.

H. Fehlinger.

Das polnische Arbeitsvertragsgesetz für Arbeiter

Polen macht lebhafteste Anstrengungen, seine Gesetzgebung zu vereinheitlichen und zu modernisieren. Dieser Staat, der am Kriegsende aus drei Teilgebieten zusammengesetzt wurde, mußte notgedrungen in diesen drei Teilgebieten die ursprünglichen Gesetze zunächst weiter gelten lassen. Es ist klar, daß das ehemals preußische Teilgebiet in seiner Gesetzgebung, insbesondere auf sozialem Gebiet, gegenüber dem österreichischen und dem russischen Teilgebiet voraus war.

Es ist nun das Bestreben der polnischen Regierungen, auch auf rechtlichem Gebiet den jungen Staat zu vereinheitlichen. In den letzten Jahren wurden in dieser Richtung lebhafteste Anstrengungen gemacht. So wurde ein Arbeitsgerichtsgesetz und vor allem ein sehr fortschrittliches Angestelltenversicherungsgesetz mit relativ hohen Leistungen geschaffen. Eine gleiche Alters- und Invalidenversicherung auch für die Arbeiter ins Leben zu rufen, ist allerdings bisher noch nicht möglich gewesen.

Wenigstens hat man aber das Arbeitsvertragsrecht, das in den einzelnen Teilgebieten ganz verschieden und noch dazu in verschiedenen Gesetzen verstreut war, vereinheitlicht. Im Anfang des Jahres 1928 wurde durch Verordnung des Staatspräsidenten auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes der Arbeitsvertrag gesetzlich geregelt. Gleichzeitig wurde auch für die Angestellten eine entsprechende Verordnung erlassen. Diese Verordnungen bringen Bestimmungen, die es wert sind, auch in Deutschland bekannt zu werden. Nachstehend wird der wichtigste Inhalt der Verordnung über den Arbeitsvertrag für Arbeiter wiedergegeben.

Die Verordnung gilt nur für gewerbliche Arbeiter und in Handelsbetrieben. Ein Arbeitsvertrag wird geschlossen: 1. für eine Probezeit, 2. für die Zeit der Ausführung einer bestimmten Arbeit, 3. für eine bestimmte Zeit und 4. auf unbestimmte Zeit. Die Probezeit darf höchstens sieben Tage betragen. Die Kündigungsfrist für beide Parteien ist zwei Wochen. Es können längere Kündigungsfristen vereinbart werden, die aber für beide Teile gleich sein müssen. Die Kündigungsfrist muß immer am Sonnabend oder am üblichen Zahlungstage ablaufen. Der Arbeitgeber kann nicht kündigen: 1. im Laufe von vier Wochen der Verdienstunfähigkeit des Arbeiters, die durch Unglücksfall oder Krankheit hervorgerufen wurde, 2. während der militärischen Reserveübung eines Arbeiters und 3. während der Dauer des Urlaubs des Arbeiters. Dieser Urlaub wird durch ein besonderes Gesetz geregelt. Er beträgt für Arbeiter acht Tage nach einjähriger Tätigkeit bei demselben Arbeitgeber und steigt nach dreijähriger Dienstzeit bis zu vierzehn Tagen.

Im Falle höherer Gewalt kann der Arbeitgeber den Arbeitsvertrag mit nur sieben tägiger Frist aufkündigen. Als höhere Gewalt wird z. B. angesehen, die Schließung des Betriebes oder eines Teiles desselben auf Anordnung der Behörden oder durch Brand, Ueberschwemmung, Explosion des Dampfkessels u. dgl. Die vorzeitige Kündigung ist aber nur dann möglich, wenn die Schließung des Betriebes länger als sieben Tage anhält und wenn sie nicht durch ein Verschulden des Arbeitgebers erfolgt ist.

Die Gründe zur fristlosen Aufhebung des Arbeitsverhältnisses sind im großen ganzen dieselben wie in den deutschen Gesetzen. Ist ein Vertrag ohne hinreichenden Grund von Seiten des Arbeitgebers gelöst worden, so steht dem Arbeiter der Lohn bis zum Ablauf der Kündigungsfrist zu.

Der Lohn muß in bar gezahlt werden. Jedem Arbeiter muß ein Abrechnungsbuch für die Lohnzahlungen ausgehändigt werden. Höchstens ein Fünftel der auszahlenden Lohnsumme unterliegt der Beschlagnahme wegen rückständiger Steuern, privater Schulden usw. Für Alimente dagegen können zwei Fünftel des Lohnes beschlagnahmt werden. Drei Fünftel bleiben unter allen Umständen von jeder Beschlagnahme frei. Bei dem Zusammenreffen mehrerer Beschlagnahmegründe wird ein Fünftel für die Alimente reserviert, während die übrigen Gläubiger sich nur an das zweite Fünftel halten können. Der Arbeitslohn kann nicht verpfändet werden. Ein gegen dieses Verbot geschlossener Vertrag ist nichtig.

Die Höhe des Lohnes muß entweder im Einzel- oder im Gesamtvertrag festgelegt werden. Wenn diese Festlegung fehlt, muß der Arbeitgeber einen dem örtlichen Brauche entsprechenden Lohn zahlen und, wenn auch dieser fehlt, einen gerechten Lohn.

Stirbt der Arbeiter, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, ohne Rücksicht auf eine etwa bestehende Altersversicherung, seiner Familie einen doppelten Wochenlohn auszusahlen, wenn der Verstorbene wenigstens zehn Jahre in dem betreffenden Unternehmen tätig war. Hat er wenigstens zwanzig Jahre zuletzt bei demselben Arbeitgeber gearbeitet, so erhalten seine Hinterbliebenen den vierfachen Wochenlohn. Die Abfindung steht nur dann in voller Höhe zu, wenn der verstorbene Arbeiter einen Gatten und einen Verwandten oder Verwandte in absteigender Linie hinterlassen hat, die von ihm unterhalten wurden. In allen anderen Fällen beträgt die Abfindung die Hälfte der oben genannten Summen.

In der Verordnung ist genau festgelegt, für welche Uebertretungen Geldstrafen vom Arbeitgeber dem Arbeiter auferlegt werden können. Diese Geldstrafen dürfen nur für kulturelle und Unterrichtszwecke verwendet werden. Die Gesamtsumme der Geldstrafen darf den zehnten Teil der auszahlenden Lohnsumme des Arbeiters nicht überschreiten.

Zu bemerken ist, daß diese Verordnung in Polnisch-Oberschlesien nur nach Zustimmung des Schlesienschen Sejms gelten soll. Diese Zustimmung ist bisher nicht erfolgt.

Wenngleich diese Verordnung mit Gesetzeskraft vom Standpunkt des deutschen Arbeiters keine wesentlichen Fortschritte bringt, so bietet sie doch dem polnischen Arbeiter wesentliche Vorteile. Da man in Polen in weiten Gebieten und für viele Gewerbezweige keinen Tarifvertrag kennt, so ist es von erheblicher Bedeutung, daß durch diese Verordnung eine gesetzliche Festlegung des Arbeitsvertrages wenigstens in seinen Hauptpunkten geschaffen wurde.

Dr. Wilhelm Wolff, Berlin.

Aufgaben und Ziele der Gemeinwirtschaft

II.

Wachsen der Gemeinwirtschaft innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Weil zudem auch die Arbeiterchaft in sich uneinig war, ist 1919 nichts aus der Verwirklichung sozialistischer Ideen geworden. Und doch! Haben sich nicht gemeinwirtschaftliche Ideen immer mehr Boden erobert? Boden, den die kapitalistische Wirtschaft selbst für die Gemeinwirtschaft vorbereitet hat. Im Tageskampf sehen wir das nur nicht immer. Das stille Wachsen sieht nur der sorgsam darauf Achtende. Infolge der technischen Entwicklung hängt in immer höherem Maße der einzelne von der Gesamtheit ab. Wir Menschen der heutigen Zeit sind in viel höherem Maße miteinander verflochten, als es der einzelne nur ahnt. Früher hatte z. B. jedes Haus oder ein paar Häuser einen Brunnen. Jetzt hat die ganze Stadt mit ihren vielen tausenden, oft hunderttausenden Familien von einer Zentrale durch die Leitungen ihr Wasser; in jedem Hause fließt die Wasserquelle. Ebenso ist es mit dem Licht. Von der Qual der langen Nächte, einer argen bösen Not der Vergangenheit, sind wir erlöst. In wenigen Jahren wird es mit der Heizung ebenso sein. Die Kanalisation beseitigt sozusagen von selbst die Abfälle des Lebens.

Ein ungeheurer Fortschritt, nicht wahr? Aber wie abhängig sind wir dafür auch geworden. Abhängig von den Zentralen, die diese Bedürfnisse durch nur wenige Menschen für alle befriedigen. Versagen diese Menschen, dann ergibt sich im Augenblick die Abhängigkeit aller von ihnen. — Daselbe gilt für den Verkehr, für die Eisenbahnen, für die Post und schließlich für viele andere Bedürfnisse. Sie werden von einzelnen Gruppen für alle Gruppen befriedigt.

Früher mußte die ganze Kraft für die Befriedigung der eigenen Tagesbedürfnisse verwendet werden. Das Spinnrad z. B. beherrschte jedes Haus. In dem, was wir heute schaffen, denken wir nur in seltenen Fällen noch an den eigenen Bedarf. Wir schaffen für andere. Anderen dienen wir. Fast alle Menschen schaffen, dienen für andere Menschen und jede Gruppe von Berufen hält die andere bis zu einem gewissen Grade in ihrer Gewalt. Wer sich des Eisenbahnverkehrs, der Post, der Polizei, der Wasserwerke, der Elektrizitätswerke, der Nahrungsmittelzufuhr bemächtigen könnte, dem wären wir ausgeliefert. So ist jeder in des anderen Macht und jeder zugleich aller anderen mächtig.

Diese durch die Technik bewirkte Wandlung erweitert die Wirkungssphäre des einzelnen Menschen. Er arbeitet nicht für einen oder für fünf, sondern für Hunderttausende, für Millionen. Er arbeitet nicht für sich, für Bekannte, sondern für Namenlose, für die Brüder und Schwestern, Unbekannte, für das nicht mehr Persönliche, für das Abstraktum Mitmenschheit. Der Dienst ist namenlos geworden. — Die Wasserleitung geht zu jedem, das Licht oder das Gas in jedes Haus. Freundschaft und Haß — sie spielen für die Eisenbahn, für alles, keine Rolle.

An Stelle der früheren Selbstsorge ist eine namenlose Dienstverbundenheit getreten. Wohl erhalten wir uns auch jetzt selbst. Aber nicht, indem wir nur für uns schaffen, sondern indem wir für andere sorgen, indem wir dienen. Für diesen Dienst sorgt die Allgemeinheit wiederum für uns. So ist jeder einzelne mit seinem Leben in die Allgemeinheit mehr verflochten als je zuvor.

So wächst im Schoße der heutigen kapitalistischen Wirtschaft die Gemeinwirtschaft heran. Immer mehr Menschen fragen sich, mit welchem Recht denn nur aus dem Dienst aller für alle einzelne Vorteil ziehen. Freie Wirtschaft und Gemeinwirtschaft fangen an, sich in ihrer Gegensätzlichkeit zu offenbaren. Verdienst ist das Grundtreiben der freien Wirtschaft, einzelne verdienen, die Tätigkeit vieler, aller kann man sagen, zugunsten der Gesamtheit wird für sie die Quelle des Reichtums. Dienst ist das Grundtreiben der Gemeinwirtschaft. Alle sollen sich der Gesamtheit unterordnen.

Aber die Arbeiterchaft wartet nicht, bis die Entwicklung vollendet ist; sie wirkt am Aufbau der neuen Zeit selbst mit. Sie hat angefangen, aus sich selbst heraus gemeinwirtschaftliche Ideen zu verwirklichen, in den mannigfaltigsten Formen und auf den verschiedensten Gebieten.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung.

Die Konsumgenossenschaften sind die ersten von gemeinwirtschaftlichem Geist getragenen Gebilde gewesen, die, in der Hauptsache von Arbeitern geschaffen, die Kaufkraft der Mitglieder zu einer planvollen Regelung des für den täglichen Gebrauch ins Gewicht fallenden Warenverbrauchs auszunutzen suchten. Die im SDK organisierten Konsumvereine haben im letzten Jahre einen Umsatz von fast 1,2 Milliarden Mark gehabt. Immer mehr sind sie in den über 80 Jahren ihres Bestehens dazu übergegangen, aus den

erzielten Gewinnen Kapitalien anzusammeln, die es ihnen ermöglichen, ihre Aufgabe unabhängig von kapitalistischen Mächten zu erfüllen. Man braucht nur an die GEG in Hamburg zu denken, die bei einem Güterumsatz von über einer halben Milliarde im Jahre 1929 immer mehr dazu übergegangen ist, in eigener Produktion die benötigten Waren zu erzeugen; im letzten Jahre für 125,9 Millionen Mark. Hier ist der Anfang zur Vergesellschaftung bisher rein kapitalistisch betriebener Produktion gemacht worden. Diese Gebilde sind heute ein wesentlicher Eckpfeiler gemeinwirtschaftlicher Betätigung. Großbetriebe im wahren Sinne des Wortes stellen sie dar.

Bank der Arbeiter, Eingekerkelten und Beamten.

Die aus der in schwerster Geldnot entstandenen Kapitalverwertungsgesellschaft hervorgegangene Arbeiterbank ist formal keine Aktiengesellschaft, aber doch ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen, wie es im Buche steht. Natürlich kann sie sich ebensowenig wie die sonstigen gemeinwirtschaftlichen Organisationen der kapitalistischen Umwelt entziehen, sondern sie muß, ebenso wie die sozialen Baubetriebe, die für sie geltenden Konkurrenzgesetze berücksichtigen, aber sie arbeitet nicht zugunsten kapitalistischen Profits. Wenn wir uns ihre Kunden ansehen, wird uns das weitverzweigte Gebiet der gemeinwirtschaftlichen Organisationen und Einrichtungen offenbar. Da finden wir Konsumvereine, Bauhütten, Siedlungsgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften, Zeitungsbetriebe, Buchdruckereien, Buchhandlungen usw. und andere kultureller und sozialer Art mehr.

Gründung der sozialen Baubetriebe.

Schon vor der Gründung der Arbeiterbank ist der Gedanke der sozialen Baubetriebe verwirklicht worden. Ja, abgesehen von Konsumvereinen, Genossenschaftsbäckereien, vereinigten Produktionsgenossenschaften und den Betrieben, die der Eigenversorgung der Konsumvereine dienen, sind sie der erste größere Versuch, in die rein kapitalistische Produktion einzudringen. Sie haben den Kampf mit der kapitalistischen Bauproduktion aufgenommen. Die sozialen Baubetriebe sind für die Bauwirtschaft der Anfang der Verwirklichung gemeinwirtschaftlicher Ideen gewesen. Daß die sozialen Baubetriebe die Gemeinwirtschaft bewußt fördern, findet seinen Niederschlag immer und immer wieder in den verschiedensten Aufsätzen der „Sozialen Bauwirtschaft“, ihrer Zeitschrift. In dem von Dr. Martin Wagner vorgelegten und im Februar 1920 angenommenen Leitfaden zur Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe wird darauf hingewiesen, daß es härtester Pionierarbeit bedürfen werde, um das Fundament zu diesem Bauwerk der Gemeinwirtschaft zu legen. Nur die Stärksten seien zu dieser Arbeit berufen, in der sie bis zum Halbe in der kapitalistischen Flut stehen würden. Es hat härtester Pionierarbeit bedurft, um aus dem Fundament, von dem Wagner vor zehn Jahren sprach, das stolze Gebäude werden zu lassen, das wir heute vor uns sehen. Die Stärksten haben bei dieser Arbeit wirklich bis zum Halbe in der kapitalistischen Flut gestanden.

Ich sagte vorhin schon, daß es zur Gemeinwirtschaft die stille, selbstverständliche, rückhaltlose, beglückte Hingabe von Arbeit, Geld und Gut bedürfe, keiner Phrasen und Geistes, sondern unserer selbst. Weil es bei den Bauhütten daran nicht gefehlt hat, können wir heute den stolzen Rückblick auf die zehn Jahre harter Arbeit tun. — Ich glaube, nicht fehlzugehen und ich hoffe, dem ADGB nicht zu nahe zu treten, wenn ich der Vermutung Ausdruck gebe, daß die Bauhütten wenigstens die intellektuellen Urheber auch für die eine der Forderungen des Breslauer Gewerkschaftskongresses sind, die zur demokratischen Durchbringung der Wirtschaft auch die „Förderung und Unterstützung freier, auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebaute gemeinwirtschaftlich arbeitender Erwerbswirtschaften“ verlangen. Wissell.

Der Silberstreif

Wieder zeigt sich mal der Silberstreif
Fern am dunklen Horizont:
Die Preise fallen? Mensch begreift!
Es fällt „Perfit“ und „Chlorodont“.
Vier Pfennige billiger wird das Brot —
Fabrikgebädene nur zwei —
In Ende geht die bitter Not,
Die miesen Zeiten sind vorbei.
Das Schweinefleisch — o welche Lust! —
Wie wird das jetzt so billig.

Und — wie die Zeitung meldet just —
Es fällt der Preis für Milch!
Befrierfleisch aus Amerika
Kommt gar nicht mehr in Frage;
Wir kriegen Frischfleisch-Guttscheia ja,
Es geht uns besser alle Tage!

Doch vorher wird erst abgebaut
Der Lohn um acht und mehr Prozent;
Denn dies — wie „offiziell“ geschaut:
Stärkt deine Kaufkraft, Konsument. . .

Ph. Werner

Reichskonferenz der Abteilung E (Post u. Telegraphie)

Im neuen Saale des Dresdener Volkshauses fand vom 20. bis 22. November 1930 die achte Reichskonferenz der „Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft“ statt. Es waren 114 Delegierte erschienen, ferner Vertreter der verschiedenen Verbandskörperschaften, des Reichspostministeriums, der Ortsausschüsse des ADGB und ADB, sowie internationale Vertretungen aus Frankreich, Oesterreich und der Tschechoslowakei. Der Reichsabteilungsleiter, Kollege Bender, begrüßte die Erschienenen und eröffnete die Reichskonferenz mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten, die durch die ungünstige politische Entwicklung in Verbindung mit der schweren Wirtschaftskrise entstanden sind. Für den Verbandsvorstand wies Kollege Becker darauf hin, daß unser Gesamtverband eine lebensstarke Organisation ist, zu der unsere Kollegen trotz aller Stürme mit Vertrauen aufblicken können.

In einem ausführlichen Referat gab dann Kollege Bender den Geschäftsbericht über die Tätigkeit seit der letzten Reichskonferenz. Er wies insbesondere auf den Generalangriff der Reaktion hin, der gegenwärtig ausgeführt wird gegen Arbeiter, Angestellte und Beamte. Man möchte am liebsten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Stand der Vorkriegszeit zurückführen. Vor allen Dingen ist die gewerkschaftliche und politische Betätigung der Beamten, Angestellten und Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben den Reaktionen unangenehm. Aber trotz aller Hemmnisse ist die Mitgliederzahl der Reichsabteilung seit Ende 1928 mit 36 362 Mitgliedern auf 41 281 Ende Oktober 1930 gestiegen. Gewiß sind wir noch im Zustand des Ueberganges infolge der Zusammenfassung im Gesamtverband. Wenn erst die ganzen Kräfte der 5000 bis 6000 gesckulten Funktionäre des ehemaligen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes für die einzelnen Reichsabteilungen stärker ausgenutzt werden können, wird das Resultat unseres Aufstieges noch ein besseres werden.

Politische und gewerkschaftliche Hochstapler behaupten, die Sozialdemokratie wolle das Berufsbeamtentum abschaffen, während doch Beamte und Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben erst seit der Revolution durch die Sozialdemokratie zu freien Menschen werden konnten. Die „neutralen“ Berufsverbände bei der Post hatten die Absicht, eine „Post-Arbeitsgemeinschaft“ einzurichten. Wir haben uns jedoch nicht dieser Arbeitsgemeinschaft angeschlossen, weil ein erspriechliches Zusammenarbeiten mit diesen neutralen Verbänden nicht zu erwarten ist; denn allzu oft sind sie uns bei der Vertretung der Interessen der Postangestellten in den Rücken gefallen. Während sie früher „grundsätzlich“ für die reinen Beamtenverbände eintraten, gehen sie neuerdings auch dazu über, Angestellte und Arbeiter als Mitglieder aufzunehmen. Es bedarf im Zeitalter der nationalsozialistischen Vergiftungserscheinungen aller Anstrengungen, sowohl die Arbeiter, wie auch Angestellte und Beamte bei der Reichspost entsprechend aufzuklären. Infolge des systematischen Kesseltreibens der Unternehmer gegen die öffentlichen Betriebe hat sich bei Groß- und Kleinbürgern ein wahrer Haß gegen die Festbesoldeten entwickelt, der zum Teil bis in die Arbeiterchaft hineinreicht. Dabei können weite Kreise der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Reichsbetrieben (insbesondere der Post) kaum mit ihren Bezügen auskommen. Die Wirtschaftskrise hat ganz allgemein den materiellen Aufstieg erheblich erschwert. Immerhin konnte der Versuch, die Rechte der Betriebsräte zu beschneiden, zurückgewiesen werden, wie auch sonst sowohl im Reichstag wie im Verwaltungsausschuß und in anderen Körperschaften die Wahrnehmung der Interessen der Postangestellten und -beamten weitgehend erfolgt ist. Wollen wir aber eine weitere Herabdrückung der Lebenshaltung aufhalten, so kann uns nur eine starke festgeschlossene Organisation, wie sie der Gesamtverband ist, dazu verhelfen.

Kollege Scherff gab dann einen Bericht über die „Internationale der Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe“ (IPTC), wobei er scharfe Kritik an dem Verhalten der neutralen Verbände übte.

Die Aussprache über den Tätigkeitsbericht der Reichsabteilung brachte ein überaus interessantes Bild der Mannigfaltigkeit des Postbetriebes und der Schwierigkeiten, die damit verbunden sind für die einzelnen Kategorien. Mit Recht wurde kategorisch gefordert, daß die Post endlich konsequent die 48stündige Arbeitszeit durchführen müsse, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. An der Debatte beteiligten sich auch für das Reichspostministerium Kollege Knöner und Postrat Harder. Dr. Maier, Wien, wies dann noch auf die Schwierigkeiten hin, die einer einheitlichen Organisationsauffassung der Post-Internationale entgegenstehen.

Am zweiten Tage begann Dr. Döller mit einem Referat über „Die Personalpolitik in der Deutschen Reichspost im Zeichen der Rationalisierung“. Der Redner wies insbesondere darauf hin, daß die Rationalisierung bei dem technischen Prozeß in der Großindustrie sich wesentlich unterscheidet gegenüber dem Postbetrieb, in dem vorwiegend Menschen als Arbeitskräfte tätig sind, während die maschinellen Einrichtungen erst in zweiter Linie kommen. Die Post muß natürlich wirtschaftlich geleitet sein. Aber sie ist auch ein gemeinnütziger Betrieb. Post und Verkehr müssen auch dann aufrechterhalten werden, wenn sie zeitweilig an manchen Stellen Zuschüsse erfordern oder keine Ueberschüsse abwerfen. Die Personalvertretungen müssen alles daransetzen, um den geordneten Fortgang des Betriebes nicht durch zu starke Menschengenutzung herbeizuführen. Selbstverständlich ist gegen eine Verbesserung des Betriebes durch Typisierung und maschinelle Einrichtungen nichts einzuwenden. Auf der anderen Seite muß aber bei der immer größer werdenden Anforderung an den einzelnen eine bessere Gestaltung der Diensträume, ja, eine völlige Büroreform sich vollziehen, dazu auch eine Vereinfachung in der Betriebsleitung. Redner ging ausführlich auf die Frage der Auslese des Nachwuchses ein und der Aufstiegsmöglichkeiten sowie des Vorbildungsprinzips. Dabei muß man bedenken, daß die große Mehrzahl der Postbetriebe sich in kleinen Orten befinden, wo die großzügige Rationalisierung des Betriebes sehr schwer möglich ist. Die Reichspost hat ohne Zweifel manches gut rationalisiert und verbessert, aber die Rationalisierung darf nicht zum Selbstzweck werden. Der personalpolitische Gesichtspunkt muß dabei im Vordergrund stehen; denn der Mensch ist nicht um der Wirtschaft willen da, sondern die Wirtschaft um des Menschen willen.

Es folgt dann ein Referat des Kollegen Dr. Drath über „Die Rechtsverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter unter Berücksichtigung der sozialen Kämpfe der Gegenwart“. Der Redner entwickelte ein packendes Bild über die Entwicklung des Arbeitsrechts und die Koalitionsverbote gegenüber Beamten und Arbeitern öffentlicher Betriebe in der Vorkriegszeit. Im Privatrecht ist auch heute leider nichts wesentlich geändert worden in bezug auf den Schutz der menschlichen Arbeitskraft. Aber Staat und Reich wurden gezwungen, sich öffentlich-rechtlich mit den Arbeitnehmern auseinanderzusetzen. Das geschieht auf der einen Seite im Beamtenrecht, zum anderen in den Tarifverträgen für Angestellte und Arbeiter. Hinzu kommen Sozialversicherung, Arbeitszeitregelung, Arbeitsgerichtsbarkeit, Betriebsrätegesetz, Schutz der Schwerverbessigten, Schlichtungswesen usw. Der Redner schilderte eindringlich die Auswirkung der Wirtschaftskrise. Würden wir nicht die Arbeitslosenversicherung haben, so müßte ein Teil der Bevölkerung elendig verhungern. Gewiß, es ist noch nichts Ideales im heutigen Recht der Arbeitnehmer, aber die Welt hat sich in den letzten zwölf Jahren doch erheblich geändert. Wir streben nicht nur nach formaler Gleichheit vor dem Gesetz, sondern, und vor allen Dingen, alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, auch wirtschaftlich ihre Rechte auf gleicher Basis zu genießen. Recht ist zwar nicht allmächtig, aber Recht ist auch nicht bedeutungslos. Redner gibt dann eine historische Darstellung des Rechts seit November 1918 und kommt zu dem Resultat, daß weder Sowjet-Staat noch das Programm Mussolinis für die deutschen Verhältnisse anwendbar ist. Recht ohne Macht kann uns nicht helfen. Unsere Aufgabe ist daher mehr denn je: hinein in die Gewerkschaften, hinein in die Partei der SPD! So nur können wir uns der Stürme der Gegenwart erwehren.

Hierauf traten drei Kommissionen zusammen, die zu den zahlreichen Anträgen und Einzelfragen Stellung nahmen. Es wurden Entschlüsse angenommen, die die vorstehend gekennzeichneten und entsprechenden Forderungen an die deutsche Reichspost stellen. Ebenso wurden die Sonderfassungen der Reichsabteilung E angenommen, die gleichzeitig den bisherigen Namen „Allgemeine Deutsche Postgewerkschaft“ umwandelt in „Reichsabteilung E Post und Telegraphie“.

Als Reichsabteilungsleiter wurde gewählt Kollege Bender, zu seinem Stellvertreter Kollege Kloß, Sekretäre Dalentzin und Schmidt. Ferner 12 Beisitzer, darunter als Vertreter des Beamtensekretariats Kollege Scherff.

Kollege Bender schloß die von gutem Geist getragene Konferenz mit einem Hoch auf den Gesamtverband. ed.

Film

Was bedeutet uns der Film?



Die Debatten, die zum Thema Film geführt werden, sind seit Jahren laut und heftig. Immer wieder räumt die Presse ganze Spalten Raum ein für ein so bedeutsames Thema. Wenn wir aber richtig hinschauen, so müssen wir erkennen, daß man trotzdem kaum weiter gekommen ist. Die Masse der Kinobesucher dürfte nach all den schlechten Erfahrungen schon längst keine Masse mehr sein, sondern müßte durch ein Nichtbesuchen der Lichtspielhäuser ihren Protest gegen den Betrug kundtun, den das Filmkapital mit ihr treibt. Aber auf diesem Wege kommen wir schwer zum Ziel. Die Filmindustrie wird niemals Neigung verspüren, die Leinwand zur Auseinandersetzung mit den Realitäten des menschlichen Daseins zu benutzen. Wenn es durch die Schaffung einzelner guter Filme auch manchmal den Anschein hat, so dürfen wir ohne weiteres annehmen, daß es sich um Konjunkturerwitterung oder um Zufälle handelt. Nur hin und wieder mag Gesinnung die wirkliche Triebkraft für die Schaffung eines guten Films gewesen sein. Im übrigen aber haben wir aus den Ateliers und Dalästen der Filmindustrie außer Operetten-, Militär-, Salon- und Detektivstücken nichts zu erwarten, das der Arbeiterschaft irgendwie dienlich sein könnte. Zwar mutmaßt ein Teil der Presse, daß die Kinos bald leer sein werden, wenn die Produzenten es noch lange so weiter-treiben, aber große Hoffnung ist auf einen Streik der Kinobesucher nicht zu setzen, denn die Kitzelfilme existieren so lange

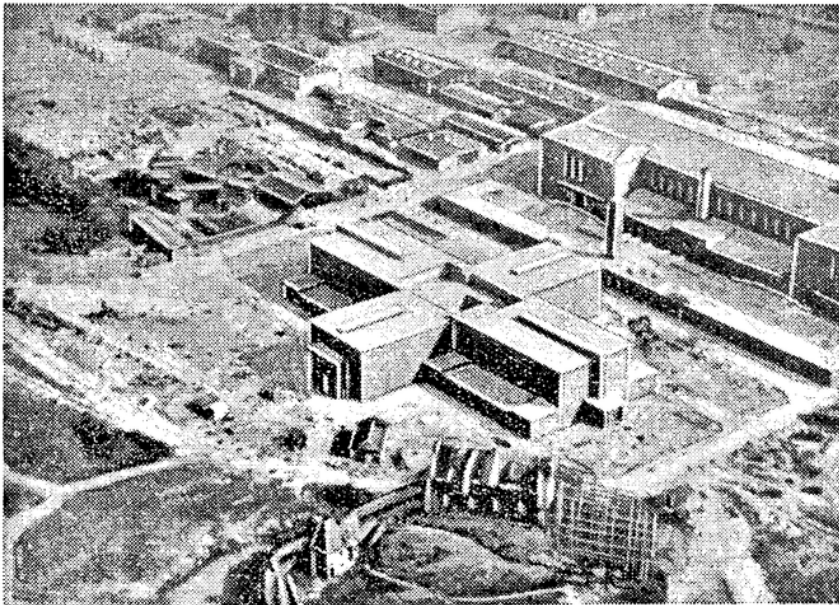
wie der Film selbst und erleben immer neue Auflagen mit gefüllten Kassen. Das Filmpublikum ist eben zu groß. Wenn man als Beispiel nur nimmt, daß ein Film wie „Drei von der Tankstelle“, in dem es einen wahren Wettkampf in der Ueberbietung von Böshheiten gibt, in einer Woche 60 000 Besucher hatte und der nicht geringere Filmtitel „Das Land des Lächelns“ in drei Tagen 23 000 Besucher in einem einzigen Kino hatte, so weiß man, daß dieses Riesenpublikum nicht durch die Presse zu beeinflussen ist, das Anschauen der Filme aus Protest zu unterlassen. Da gibt es nur eine Maßnahme, die helfen kann, zu tun, was möglich ist, um Filme zu schaffen, die besser sind und dann den größeren Zulauf haben. Das gute Beispiel könnte vielleicht erzieherisch wirken oder doch zumindest dadurch einen Erfolg haben, daß es beweist, daß auch gute Filme die Kassen füllen. Denn denjenigen, die heute alle Macht über das Filmkapital haben, geht es doch um nichts anderes als um den Kassenerfolg.

Wenn wir zurückkommen auf die vorher genannten Zahlen, die nur ein kleines Beispiel geben, so ist uns doch schon dadurch ohne weiteres klar, welche allmächtige Tribüne uns mit dem Kino für die Verbreitung von Wissen und Bildung zur Verfügung steht, wenn es uns gelingt, Filme mit den Tendenzen unserer Weltanschauung zu schaffen. Wir wissen, was die russischen Filme geleistet haben im Sinne der Propagierung des revolutionären Gedankens. Und wir wissen weiter, mit welchem Erfolg diese Filme überall gezeigt wurden. Sollte uns das nicht doch noch immer mehr Beispiel werden und uns ermutigen, Filme zu schaffen, die einen Wall zu bilden vermögen gegen die Flut verdummender Filme mit ihren völlig verlogenen Geschichten, die fernab allen Geschehens liegen und mit keinem einzigen Bild die Wirklichkeit streifen? Wir werden einsehen müssen, daß jeder andere Sturmhauf gegen die bisherige Filmproduktion, die ohne ein Gegengewicht auch die Produktion der Zukunft sein wird, jeder Protest, jedes noch so vernehmlich gesprochene Wort übertönt wird von dem Reklamegeschrei des Filmkapitals. Nicht, daß aller

theoretische Protest überflüssig ist, nein er soll sich noch ausdehnen, aber er muß sich stützen können auf einen Protest der Tat, wenn die erwartete Wirkung sichtbar werden soll.

Bekanntlich veranstalten Partei und Gewerkschaften seit langem wirkungsvolle Filmveranstaltungen in kleinen und größeren Ortschaften, wie auch auf dem Lande. Diese Veranstaltungen sind vielerorts schon zum Tagesgespräch geworden und haben bei ihren regelmäßigen oder auch vereinzelt Wiederholungen sehr großen Zulauf. Es muß ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, diese nützlichen Veranstaltungen immer noch mehr auszubauen, um die Besucher daran zu gewöhnen und sie davon zu überzeugen, daß sie wirklich etwas Gutes zu sehen bekommen. Aber wird dieses Gute auch immer vorhanden sein? Es wird vom Filmmarkt abgesehen, was sich für uns verwenden läßt. Und oft genug müssen Konzessionen gemacht werden, denn um ein

paar Meter guter Bilder in einem Film müssen oft hunderte von Metern mäßiger Qualität in Kauf genommen werden. Zwar helfen die Werbe- und Spielfilme, die Partei und Gewerkschaften in den letzten Jahren schufen, aber sie können einem Besucherkreis schließlich auch nur ein-, höchstens zweimal gezeigt werden. Nachdem ist es vorbei. Neues wird erwartet! Neues ist nicht da! Und bevor zum Mittelmäßigen gegriffen wird, ist es selbstverständlich besser, die Veranstaltungen ganz zu unterlassen, soll nicht mehr Schaden als Nutzen entstehen. Natürlich können durch ein kurzes geschicktes Referat die Kassen auch aus einem



Flugzeugaufnahme der neuen Ufa-Filmateliers in Neu-Bab Isberg (Photo Ufa)

mittelmäßigen Film herausgeholt werden, aber fest steht trotzdem, daß wir eigene Filme wie das tägliche Brot brauchen und daher eigene Filme auch weiterhin schaffen müssen.

Seit wir wissen, daß der Film in seinem folgerichtigen Aufbau das Massenerlebnis bedeutet, seit dieser Zeit kämpfen wir um den Film, der Wahrheit ist, um Bildgeschehen von insichverschmelzenden Gegensätzen, wuchtig und doch nicht schreierisch, phantasielos wie der Alltag und dennoch wie dieser besonnt. Nicht grau in grau sollen die Bilder gehalten sein, weil schon das Leben dafür sorgt, daß der Mensch deprimierter Stimmung ist. Ein Kunstwerk soll der realistische Film sein. Sein Stoff, dem Leben entnommen, durch das wir uns jeden Tag neu hindurchbeizeln müssen, schafft einen sachlichen Film, jedoch ohne Grobheiten, denn das ist der Unterschied. So wird ein Kind ihn begreifen und ein Erwachsener ihn nicht wieder vergessen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, daß es kein Propagandamittel gibt, durch das die Menschen besser zusammengeholt und zusammengehalten werden können, als gerade durch das lebendige Bild. Und ist der Film gut, redet er eine deutliche und eindringliche Sprache, so bleibt nichts dem Menschen besser und tiefer im Gedächtnis haften, als die Lebendigkeit des Geschehens im Bild, das der Zuschauer aufnimmt wie ein Geschehen der Wirklichkeit. Das Aufgezeigte wird ihm entsprechend der Qualität die Wahrheit bedeuten, wird ihn erschüttern und neu beleben, wird ihn den Dingen, auf die es ankommt, näherbringen und somit den beabsichtigten Zweck voll erfüllen. Der Film ist das Propagandamittel unserer Tage!! Alle Aufmerksamkeit sollte man dem Film zuwenden, der uns helfen kann, die Menschen zu packen und zu fassen, die sonst nirgends und niemals erreichbar sind.

Wir können den Film nicht entbehren und müssen tun, was möglich ist, um ihm eine ganz neue Form zu geben, dienend der Gesamtheit der Kinobesucher, dienend den Problemen der Gegenwart, damit er endlich doch ein werteschaffendes Instrument unserer Zeit wird.

Maria M. Harder.

Filme aus der Welt der Arbeiter

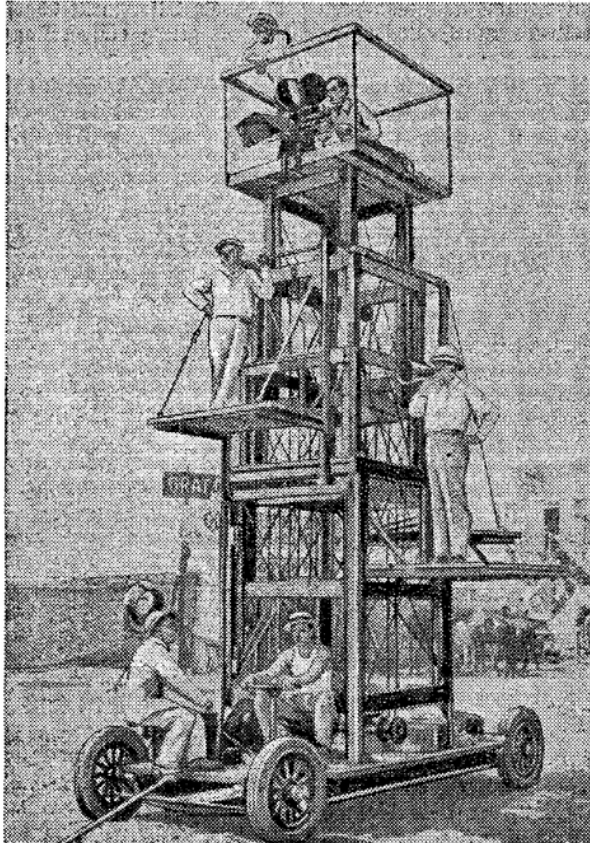
Die Stellung der Arbeiterbewegung zum Film hat sich in den letzten Jahren grundsätzlich geändert. In der Vorkriegszeit kannte man fast nur den Kulturfilm; der Spielfilm war um diese Zeit in einem inhaltlich armen und äußerlich dummen Zustande. Erst der „Potemkin“, dieser große, starke Revolutionsfilm, brachte den Film stärker in unsere Diskussionen hinein. Hier wurde ein Stück Klassenkampf gezeigt, und die Möglichkeit, mit dem Film für die Bewegung agitieren zu können, wurde spruchreif, doch die praktische Arbeit mit dem Film wurde noch nicht weiter ausgebaut. Zwar waren andere proletarische Filme erschienen, wie „Die Schmiede“ und „Freies Volk“, doch ihr Spielplatz war das Kino. Die Kinobesitzer sahen in dieser Art Filme ein Geschäft, was sie veranlaßte, sie aufzuführen. — Mit der Zeit hat dann die Arbeiterbewegung selbst Filmveranstaltungen durchgeführt, und heute besitzen Partei und Gewerkschaften zahlreiche Einrichtungen für Filmvorführungen. Damit war die Notwendigkeit gegeben, Filme selbst herzustellen und zu zeigen. Die Sozialdemokratische Partei hat eine eigene Filmzentrale eingerichtet, die sich „Film- und Lichtbilddienst Berlin“ nennt. Die von ihr hergestellten Filme zeugen von dem schöpferischen Geist in der Arbeiterbewegung und der „Kunst im Volke“. Der erste große gefungene Film der SPD, der für die Presse-Ausstellung in Köln bestimmt war, ist: „Im Anfang war das Wort.“ Hier wird die Entwicklung der Sozialdemokratie und ihrer Presse im Zeitraum von 80 Jahren gezeigt. Der zweite Großfilm „Freie Fahrt“ ist im Umfang noch größer, und besonders imponiert bei ihm das Tempo und das Knappe, Sachliche. — Der erste große Spielfilm heißt „Brüder“, der sich auf authentischem Material aufbaut und eine Episode aus dem Hafnarbeiterstreik von 1896/97 zeigt. Die Darsteller sind Hafnarbeiter und Arbeiterfrauen, Menschen aus dem Volke, die zum erstenmal vor die Kamera kamen. Neben diesen drei Hauptfilmen gibt es noch Filme von Tagungen und Treffen der sozialistischen Arbeiterbewegung und etliche ausgesprochene Wahlfilme. — In den letzten Jahren sind auch die Gewerkschaften mit besonderen Filmen hervorgetreten, und unseren Kollegen dürfte insbesondere der von unserem Verband geschaffene Werbe- und Bildungsfilm „Ein Film gewerkschaftlicher Bildungsarbeit“ bekannt sein. Inzwischen haben die Fabrikarbeiter und die Bergarbeiter Filme hergestellt, die das Leben dieser Arbeiter und die mit ihrem Beruf verbundenen Gefahren stark realistisch herausbringen. Der letzte Film ist der von den Angestellten geschaffene „Lohnbuchhalter Kremke“, ein erschütterndes Zeitdokument, das gleichzeitig die Not der Arbeitslosen widerspiegelt.

Der einmal beschrittene Weg muß weiter gegangen werden und zu diesem Zweck dürfte eine noch schärfere Zusammenfassung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung in der Erschaffung proletarischer Filme notwendig sein. Das muß sich aber auch international auswirken. Alle Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, Jugend- und Kulturorganisationen und sonstige Interessenten bilden ein nicht auf Gewinn berechnetes international wirkendes Unternehmen, das dann imstande ist, die besten Regisseure und Techniker in den Dienst unserer Sache zu stellen. Sicher wäre ein solches Unternehmen kein „Geschäft“, aber die von ihm ausgehende propagandistische Wirkung, vor allem die Bekämpfung des verheerenden Einflusses des bürgerlichen Films, rechtfertigt jede organisatorische Anstrengung und jedes Geldopfer. Deshalb ist es notwendig, eine Produktionsstätte des sozialistischen Films zu schaffen.

Filmzensur

Es ist eine unwiderlegliche Wahrheit: daß die deutsche Filmzensur seit Jahren, ohne von der Öffentlichkeit im geringsten kontrolliert zu werden, mit eiserner Konsequenz an der Verküpfung und Verblödung des deutschen Filmes mitarbeitet. Es ist nicht wahr, es ist durch tausend Tatsachen zu widerlegen, daß die Filmzensur vor allem die Zote und die glitschige Zweideutigkeit triffet. Diese läßt sie, wie wir jeden Abend sehen können, meist völlig unbehelligt. Die Filmzensur hat sich, in krassem Widerspruch zum Lichtspielgesetz, das ein Verbot aus lebensanschaulichen, politischen oder bloß geschmackkritischen Gründen verbietet, konsequent und restlos zu einer Kampfinstitution gegen den seriösen, sozialen, realistischen, unverfälschten deutschen Film entwickelt. Sie läßt fremde Filme von sozialer und lebens-

wahrer Orientierung zwar durch — aber niemals deutsche. Es gibt kein Bedenken der Dummheit, der Borniertheit, der ausgefallenen greisen Tantenhaftigkeit, dem sie nicht ihr williges Ohr liehe. Die sämtlichen Verbote der Filmprüfstellen, geschlossen veröffentlicht, würden in ganz Deutschland einen Sturm der Heiterkeit und der Empörung erwecken. Warum geschieht diese Veröffentlichung nicht? — Warum die Industrie keine offene Kampffront bildet, ist ganz klar. Ihr liegt gar nichts an der Entfernung dieser Zensur. Diese Zensur erfüllt nur ihren stillen Herzenswunsch, wenn sie die süßliche unappetitliche Verlogenheit und die verhüllte erotische Zweideutigkeit als das eigentliche Gebiet des Films proklamiert! Mit dieser Zensur läßt sich ja wunderbar teufelmedeln, wie es auch in weitestem Ausmaß geschieht — warum sie bekämpfen? Solange junge Mädchen sich im Film bis aufs Hemd ausziehen dürfen, eventuell in gedämpfter Aufnahme, noch weiter, solange der Fieber blühen und die Garde marschieren, die Nachtigall schlagen und der dicke Herr Liedtke balzen darf, das einem geschmackvollen Menschen davon übel wird: so lange ist gar kein Grund für die Branche vorhanden, diese Zensur zu bekämpfen! Im Gegen-



Das Monument des Regisseurs

teil. Mit Hilfe dieser Zensur kann man ja die unangenehme aufrechte Kritik zum Schweigen bringen! Was soll denn die „geknebelte“ Filmbranche anderes tun? Und das ist, wenn man es so sagt, leider völlig wahr.

Noch wahrer aber ist: daß die Filmzensur und der übelste, unterste Teil der deutschen Filmproduktion heute längst Verbündete sind, gute, treue Verbündete. Noch nie ist ein verlorenes Herz in Heidelberg oder ein Tag der Rosen im August, da hat die Garde fortgemußt, oder sonst ein infernalischer Filmkitsch verboten worden. Nur immer weiter auf diesem Weg: hier ist man immer auf Numero sicher.

Zu fordern ist: die schärfste öffentliche Kontrolle der Filmzensur. Die Entscheidungen müssen, gegen den Willen der Branche, amtlich veröffentlicht, die Veröffentlichungen von der deutschen Presse regelmäßig, von Woche zu Woche, auf das genaueste und schärfste kritisiert werden. Die obligatorische Veröffentlichung der Entscheidungen, die volle Öffentlichkeit der Zensururteile muß mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Ob der deutsche Film dadurch besser wird, mag fraglich sein; doch darf der Staat unsere Steuerelder nicht zur positiven Mitarbeit an der Volksverblödung verwenden, wie es durch die jetzige Filmzensur geschieht. („Kulturwille“.)

Sechs Produktionsländer beherrschten 1929 den internationalen Filmmarkt: die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 750, Japan mit 400, Deutschland mit 250, Rußland mit 150, England mit 100 und Frankreich mit 94 langen Filmen; Daneben verschwinden Oesterreich (20), Polen (15), China, Italien, Spanien, Schweden, Tschechoslowakei (je 10), Dänemark und Ungarn (je 5) fast vollständig.

Kleine Chaplin-Lektion

Im Beiprogramm: Charlie Chaplin! Wenn ich das lese, wurmt es mich. Chaplin im Beiprogramm? Chaplin ist immer die Hauptsache, ist der Mann, um dessentwillen ich, wenn ich mich irgendwie freimachen kann, in die entfernteste Vorstadt fahre, um glücklich in einem Winkelkino zu sitzen. Den sogenannten Hauptfilm aber würde ich mir in den meisten Fällen nicht einmal dann ansehen, wenn man mich dafür bezahlen wollte. Es kauft ein Chaplin-Film, das ist für meine Freunde und mich ein Signal. In Paris soll ein Kino sein, das spielt immer Chaplin-Filme! Tag für Tag kann man welche sehen, darunter bei uns noch unbekannte Kostbarkeiten, z. B. Chaplins Kriegsfilm: „Gewehr über!“, in dem er den Kaiser gefangen nimmt. Bei uns verbietet eine überängstliche kleinliche Zensur diesen Film. — Chaplin ist das



Genie des Films schlechthin. Asta Nielsen, die neben Chaplin der bedeutendste Mensch für das künstlerische Schicksal des Films war, hat entdeckt, wie der Mensch im Film zu spielen hat, im Unterschied zum Schauspiel, zur Bühnenpantomime, die Nielsen hat die organische Darstellung für den Film geschaffen. Chaplin hat die echte ursprüngliche Filmdichtung erfunden, ein Werk, das nicht nach Büchern, Historien, Romanen und Dramen für den Film „bearbeitet“, sondern aus dem Wesen des Films entstanden ist und nur dem Film gehört. Wenige sind ihm auf seinem Wege nachgefolgt —

Buster Keaton und Harald Lloyd sind in einigem Abstand zu nennen. Wie innerlich und tief verwurzelt Chaplins Beziehung zum Film ist, beweist seine Reserviertheit gegen den Tonfilm. Chaplin hat eine große Entwicklung durchgemacht, es ist ein weiter Weg von seinen ersten einaktigen Grotesken bis zu den Tragikomödien des „Goldrauschs“ und des „Zirkus“. Aber seine früheren Filme sind in dieser schnelllebigen Zeit, in dieser raschen Entwicklung des Films nicht gealtert. Erst gestern sah ich zwei Chaplin-Grotesken vom Jahre 1916: mit ihrer primitiven Photographie und ihrem mir längst wohlbekanntem Inhalt waren sie querschnittlich und ließen in der Wirkung die raffiniertesten Farbfilmwerke von heute wehenlos hinter sich. Chaplin-Filme werden immer schöner, je öfter man sie sieht. Chaplin zugleich Manuskriptverfasser, Darsteller und Regisseur, ist der Klassiker des Films. Er hat in unserer Zeit eine Figur geschaffen, die gleichermaßen Kunst- wie Volksgut ist und ebenbürtig neben einem Eulenspiegel, einem Fallstaff steht, aber heute lebendiger ist als alle Figuren der Volksfabel. Chaplin schuf die Gestalt Charlie: einen Dagobunden, einen Beleidigten und Erniedrigten, Schwachen und Kleinen, der alle Bescheidenheit und Sehnsüchte hat, zugleich aber auch alle Frechheit des in der Schule der Gassen Großgewordenen; der von der Gewalt gequält wird und sie bestraft, Unrecht leidet und Unrecht tut, alles Leid immer von neuem durch Humor überwindet und am Ende so vorn Ungewissen steht wie wir alle täglich im Leben. Chaplins wunderbare Schlüsse künden in aller Anmut oft eine tiefe Melancholie. Wenn er am Ende des „Pilgrim“ auf der Grenze entlang läuft, mit jedem Fuß in einem anderen Land, dann bekennt er sich als den Heimatlosen, den Fremden, den Mann zwischen den Welten. Wenn er im „Zirkus“, als aller Flitter der Artistenwelt verweht ist, einsam davonpaddelt und als Rest des bunten Lärms nur den Ring im Sande zeigt, der die Manege begrenzt, so werden diese einfachen Bilder zu eindringlichen Symbolen der Erkenntnis, wie einsam der Mensch im Herzen bleibt und wie sehr allein er immer den letzten Weg der Vergänglichkeit gehen wird.



Chaplins Werk ist ein gewaltiges Proletarierepos, eine Bibel der Arbeitswelt. Die Nöte des Hungerns und Frierens und der Obdachlosigkeit sind darin und die kleinen Freuden des Erwerbs und des primitiven Vergnügens, die Suche nach Arbeit und die Entlassung, der Kampf gegen die Ausbeuter und im „Kid“ das Reinste und Zarteste, was so ein armer Prolet erleben kann: die innige Liebe zu einem noch schwächeren Genossen, einem Waisenkinde, vorbereitet schon im „Hundeleben“, wo der Teilhaber der Leiden ein Tier ist. Nach allen Arbeitszweigen greift Charlie auf seiner Fahrt durchs Leben: ist Möbelräumer, Pfandleiher, Aus-

wanderer, Goldsucher, Artist, Prediger, Boger, Schutzmann, Maurer. Überall führt er den schweren Kampf gegen die Reichen und das Unrecht, ist Zaungast des Lebens, gebildet, gebemüht, und an innerer Kraft und Menschlichkeit doch allen Gewalthabern überlegen. Charlie schildert den Zustand der Welt. Er propagiert nicht, wie die Russen, einen Kampf, preist kein System, aber vielleicht ist die soziale Wirkung Chaplins nachhaltiger als die der Russen.

Chaplin ist ein bitter armer Junge gewesen, das Kindeslebens der Not hat sein geniales Werk bestimmt, und obgleich heute fast alle Welt Chaplin verhimmelt, am nächsten steht dieser große Dichter doch den Ärmsten, die ein Stück von sich selber in ihm wiederfinden. Chaplin ist das Kind eines Schauspielerehepaares, trat als Knabe schon mit Erfolg im Theater auf, kam aber mit elf Jahren wegen Verelendung der Eltern in die Fabrik, lungerte in den dunkelsten Bezirken Londons herum, tat hunderterlei ungelernete Arbeit, ehe er sich die Bühne und später den Film gewann. Dieses unsichere Leben der Entbehrungen, dieses Hundedasein ist die Quelle geworden für den Reichtum seiner Kunst.

Chaplin ist Engländer und war in Amerika, England und Frankreich schon der Liebling aller, als vor zehn Jahren seine ersten Filme zu uns herüber kamen. Einige fanden ihn damals roh, sie nahmen Fußtritte, Nasenstüßer und Rauffhändel nicht als Bildmittel für die Schimpfworte und Rededuellen, die bei uns in ähnlichen Fällen üblich sind, und erregten sich darüber. Die Nörgler vergaßen, daß diese Niederschläge, traditionelles Inventar der Kasperles und Clowns, Abkürzungen der Wirklichkeit bedeuten, in ihrer schmerzlosen Drahtik nicht zu übertreffen als Formel für den Kampf um Arbeit, Leben und Ruhe. Allmählich

erst erkannte man das Kunstwerk Chaplins, das in einer speziell angelsächsischen Dialektik jedes Requisit, Ziegelstein, Stemmgewicht, Regenschirm, was es immer sei, bis zum letzten auswertet und in immer neuer Beleuchtung und Beziehung vorführt. Chaplin jongliert mit seinen kleinen Themen innerhalb eines Films ebenso wie mit seinem großen Thema des Lebens in seinem Gesamtwerk, das man ein einziges, gewaltiges Thema mit Variationen nennen kann. Wegen dieses Beziehungsreichtums in jedem Film ist es ein Jammer, ja ein Skandal, daß man in vielen Kinos die Chaplin-Filme grausam beschnitten vorgeführt bekommt, weil der Film im „Beiprogramm“ nicht mehr Raum beanspruchen darf. Dadurch gehen oft die feinsten und entzückendsten Wendungen und Einfälle Chaplins verloren.

In einem Jannings-Film etwa ist großartig, wie er sich die Nase pußt oder die Brille, wie er Bier trinkt oder die Hosenträger schlankern läßt... damit ist dies Detail erledigt. Bei Chaplin kommt es darauf an, was aus dem Naseputzen entsteht, was die Brille oder das Bierglas anrichtet, welche Schicksale die Hosenträger zu vollziehen haben. Er verlebendigt alle Dinge, und während die anderen die Welt nachzeichnen, erschafft er eine neue Welt, errichtet ein Museum der Menscheneleganz und bewegt die Insassen ohne Scheu nach ihren Urtrieben. Zeigt das Gefängnis und Hindernisrennen des Lebens und die Befreiung und Ueberwindung durch Herz, Kopf und Gliederschnelle. Das ist scheinbar alles primitiv und schließt doch so viel Geheimnis und Schönheit ein. Charlins Werke sind eine Kraft- und Trostquelle, eine schmerzstillende Medizin. Das ist ihre soziale und geistige Funktion. Chaplin ist nicht nur der größte Filmdenker, nicht nur der freieste lebende Späsmacher, sondern vielleicht der umfassendste Humorist aller Zeiten. Und er ist, das ist vielleicht das Sonderbarste, selber die Figur Charlie, die er schuf. Der Dichter Chaplin und die Dichtung von Charlie sind eins.



H. W. und M. Sch. i. „Leipziger Volkszeitung“.

Tonfilm in Zahlen

Die Entwicklung vom stummen zum tönenden Film vollzieht sich unter starken sozialen Belastungen. Seit Einführung des Tonfilms in die Lichtspieltheater sind Hunderte von Millionen Mark in Aufnahmeapparaturen angelegt worden und Zehntausende von Kinomusikern entlassen worden.

In Deutschland gab es zu Beginn des Jahres 1929 rund 5300 Lichtspieltheater. Davon wurden in rund 4000 Theatern, die allerdings teilweise nicht täglich spielen, insgesamt etwa 12 000 Musiker beschäftigt. Die fast 5300 Lichtspieltheater verteilten sich der Größe nach: über 1000 Sitzplätze 138, 500 bis 1000 Sitzplätze 646, 300 bis 500 Sitzplätze 1219, unter 300 Sitzplätze 3264. Je größer das Theater, um so größer natürlich die Zahl der Musiker. Gerade die größten Theater gehen jedoch als erste zur Umstellung auf den Tonfilm über. Der Deutsche Musikerverband gab vor einigen Monaten hierüber Ziffern in einer Aufklärungsschrift, die den Titel trägt „Der Tonfilm — eine Gefahr für den Musikerberuf und die Musikerkultur“. Diese Schrift entstand zu einer Zeit, wo rund 400 deutsche Lichtspieltheater — natürlich meist die größten — bereits Vorführungsapparate für Tonfilme besaßen. Die Umstellung dieser 400 Großkinos hatte die Entlassung von 4000 Musikern zur Folge gehabt, die Gesamtzahl der in Kinos beschäftigten Musiker war also bereits auf zwei Drittel zusammengeschmolzen. — Inzwischen sind aber die Dinge weitergegangen. Waren um die Jahreswende 1929/30 in Deutschland erst 223 Theater mit Tonfilmapparaten ausgerüstet, d. h. 4 Proz. der Gesamtzahl, so waren es Ende Mai bereits 830 oder 16 Proz. Gemessen an der Zahl der täglich spielenden Lichtspieltheater (2106) bedeutet dies bereits einen Anteil von fast 40 Proz. Inzwischen hat die Zahl der umgestellten Kinos in Deutschland 1000 überschritten. — Der Zeitpunkt, wo die übergroße Mehrzahl der größeren, täglich spielenden Lichtspieltheater endgültig auf den Tonfilm umgestellt sein wird, liegt bei diesem Entwicklungstempo nicht mehr in allzu weiter Ferne. Der dann verbleibende Rest, die nur an einem oder wenigen Wochentagen geöffneten sowie die ganz kleinen Kinos, hat schon bisher nur verhältnismäßig wenigen Musikern Beschäftigung gegeben, oft nur einem einzigen Klavierspieler, vielfach sich auch schon mit primitiveren mechanischen Musikinstrumenten beholfen. Zu dem erwähnten Zeitpunkt werden allein in Deutschland 8000, 9000 vielleicht auch 10 000 Musiker durch den Tonfilm brotlos gemacht sein. Der Deutsche Musikerverband errechnete vor einigen Monaten, daß die damals erwerbslos gewordenen 4000 Musiker eine Erwerbslosenunterstützung von etwa 4½ Millionen Mark beanspruchen. Diese Summe dürfte in nicht allzuferner Zeit auf rund 10 Millionen Mark anwachsen.

Auch in den Vereinigten Staaten, wo es etwa 22 000 Kinos gibt, von denen heute mehr als ein Drittel auf den Tonfilm umgestellt ist, wurde hierdurch der größere Teil der Musiker entlassen. Allerdings sahen sich zahlreiche Theater, den Wünschen des Publikums entsprechend, nach und nach gezwungen, einen erheblichen Teil der Musiker wieder einzustellen. In den Vereinigten Staaten liegen die Verhältnisse jedoch anders als in Deutschland. In Deutschland beträgt die wöchentliche Besucherzahl sämtlicher Kinos etwa eine Million, in den Vereinigten Staaten rund zehn Millionen. Mit anderen Worten: Im Durchschnitt entfällt in Amerika auf jedes einzelne Kino eine Besucherzahl, die die entsprechende deutsche Zahl um das Zweieinhalbfache übertrifft. Die Durchschnittseinnahmen und -gewinne der amerikanischen Kinos

sind schon aus diesem Grunde größer als die der deutschen. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß in Deutschland eine nennenswerte Theaterzahl nach der kostspieligen Tonfilmumstellung es sich wird leisten können, nebenher noch Musiker in größerer Zahl zu beschäftigen.

Dies ist die eine Seite des Tonfilms: Vermehrung der Erwerbslosenarmee und verstärkte Anforderungen von Erwerbslosen- und Krisenunterstützungen. Diese auf der einen Seite entstehende Erwerbslosenziffer wird durch vermehrte Arbeitsmöglichkeiten auf der anderen Seite, insbesondere im Apparatebau, nur zu einem Bruchteil ausgeglichen. — Was kostet die Tonfilmumstellung der Theater? Der Preis für die Klangfilm-Tobis-Apparatur schwankt



Der Herr, der allein ins Kino geht

zwischen etwa 20 000 und 58 000 Mark. Durchschnittskosten im Betrage von 30 000 Mk. bedeuten bei 1000 umgestellten Kinos einen Aufwand von 30 Millionen Mark. Für diesen Preis wird übrigens der Vorführungsapparat noch keineswegs Eigentum des Theaters, sondern nur auf zehn Jahre gemietet. Nur der Summe sind zu zahlen: ein Viertel bei Bestellung, ein Viertel bei Lieferung, der Rest in Raten innerhalb von 1 bis 1½ Jahren. Es werden auch billigere Apparate vermietet oder verkauft. Da sie aber meist gegen das eine oder andere Patent verstößen, wird hiergegen wegen Patentverletzung vorgegangen. In den Vereinigten Staaten hat diese höhere Belastung bereits dazu geführt, Theaterkonzerne unter härtere Kontrolle der Apparaturindustrie (d. h. der Elektroindustrie) zu bringen und die Konzernbildung überhaupt zu beschleunigen. — Ein dritter Punkt ist die Verteuerung des Films selbst. Nach den vor einigen Monaten zwischen den deutschen und amerikanischen Tonfilmgruppen vereinbarten Abmachungen beträgt die Aufnahmelizenz (bei Herstellung des Films) 500 Dollar = 2100 Mk. je 300 Meter. Dies bedeutet bei einem Durchschnittsfilm von 2400 Meter eine Lizenzbelastung von etwa 17 000 Mk. Hierzu treten weiter die Kosten

für die Ausleihung von Aufnahmeapparaten. Man kann diese Leihkosten mit etwa 1800 Mk. je Aufnahmetag als Durchschnitt annehmen. Eine weitere Verteuerung erfährt der Film schließlich durch international festgelegte Ein- und Ausfuhrlicenzen. Das Ergebnis dieser starken Belastung mit Leihgebühren und Lizenzen ist, daß der billige Film unmöglich wird, daß der Anteil der Kosten für mechanische Leistungen und Patentbenutzung an den Gesamtkosten bei der Filmherstellung steigt und daß hierin für die Filmproduzenten ein Anlaß liegt, statt dessen an den Ausgaben für die menschliche Arbeitskraft, an Gehältern, Löhnen usw. zu sparen.

Der Hauptnutznieder dieser Entwicklung ist die Elektroindustrie. Die Western Electric, die größte amerikanische Herstellerfirma, hatte bis zum März 1930 fast 5300 Theater mit Vorführungsapparaten ausgestattet, die Radio Corporation of America bis Ende 1929 etwas über 900. Die von beiden Firmen abgesetzten Apparaturen schwanken im Preis zwischen 35 000 und 50 000 Mk.

Zusammengefaßt sind die Kehrseiten des Tonfilms, von der katastrophalen Auswirkung auf die Kinomusiker abgesehen, etwa folgende: eine starke einmalige und laufende Belastung der Lichtspieltheater und eine starke laufende Belastung der Filmproduzenten. Hierin wird der Zwang für viele noch selbständige Kinos ebenso wie für viele Filmhersteller liegen, sich größeren Konzernen anzuschließen. Hatte der Lichtspielunternehmer bisher noch in vielen Fällen auf die musikalische Umrahmung des Films, auf die Gestaltung der Bühnenschau usw. Einfluß, so fällt auch dies in zunehmendem Umfang fort.

Frank e i. „Dorwärts“.

Bildungsarbeit

Das Berufsschulwesen für ungelernete Arbeiter in Deutschland

IV. (Schluß.)

In Berlin ist die Organisation der Schule für Ungelernte noch jung und teils im Werden begriffen. Es bestehen vier selbständige Schulen für Ungelernte, außerdem sind zahlreiche Klassen an andere Berufsschulen angegliedert. In Hamburg sind drei selbständige Schulen vorhanden. Eine Zusammengliederung mit Lehrlingsklassen gibt es dort nicht. Gut organisierte Schulen für Ungelernte gibt es außerdem in Frankfurt am Main, Köln, Essen, Breslau und einigen anderen Städten. Leipzig und Dresden haben leider bisher die Ungelernten auf verschiedene Lehrlingsberufsschulen verteilt. Hoffentlich werden dort auch bald eigene Schulen für sie begründet. Die Schülerzahl ließe das durchaus zu. In manchen Städten bestehen innerhalb der Berufsschulen große Sonderabteilungen für Ungelernte mit einem stellvertretenden Direktor oder einem Abteilungsleiter. Aber diese Abteilungen können sich nicht recht zu Eigenleben entwickeln, weil der große Bruder, die Lehrlingschule, im Gesamtkörper doch immer das Übergewicht hat. So geht es in Dortmund, Gelsenkirchen-Buer, Duisburg-Hamborn, Elberfeld-Barmen, Chemnitz, Aachen, Mühlheim und Oberhausen.

Ist die Schülerzahl unter 1000, so lohnt sich die Gründung eigener Schulen für Ungelernte nicht mehr. Man ist dann froh, wenigstens innerhalb der örtlichen Berufsschule eine besondere Abteilung für Ungelernte zu haben. In noch kleineren Verhältnissen wird man sich mit angegliederten Einzelklassen begnügen müssen.

Ein trauriges Kapitel ist die Ausstattung der Schulen, Abteilungen oder Klassen für Ungelernte mit Räumen und Lehrmitteln. Nur ganz wenige Städte haben für ihre „Arbeiterschule“ eigene Schulgebäude. Diese sind zudem durchweg abgelegte ehemalige Volksschulhäuser oder dergleichen. Meistens werden die ältesten und kaum noch brauchbaren Schulhäuser den Ungelernten zugewiesen. Frankfurt am Main macht da eine rühmliche Ausnahme, ebenso Hamburg, wo auch der einzige, allen modernen Anforderungen gerecht werdende Neubau einer Schule für Ungelernte besteht. Nach Kenntnis des Verfassers ist dies das einzige Berufsschulgebäude der Welt, das für ungelernete männliche Schüler errichtet worden ist. Sehr viel müssen aber die Schulen oder Klassen der Ungelernten noch nachmittags gastweise fremde Schulhäuser benutzen, die gar nicht für ihre Zwecke eingerichtet sind. Auch an der meistens äußerst dürftigen Ausstattung mit Möbeln, Lehrmitteln, Büchern usw. erkennt man deutlich die stiefmütterliche Behandlung dieser Schulen durch die Behörden.

Meine Umfrage hat sich auch auf einige Fragen der Jugendpflege und der Fürsorge erstreckt. Es hat sich ergeben, daß in 34 von 49 Großstädten innerhalb der Schulen etwas Jugendpflege betrieben wird. Es handelt sich da meistens um gelegentliche Wanderungen, um Lesabende, Vortragsabende, sonntägliche Zusammenkünfte, Leihbüchereien, Bastelabende, Musikpflege und ähnliches. Am meisten entwickelt ist dieser Zweig der erzieherischen Beeinflussung der Jugend in Hamburg und Frankfurt am Main. Hamburg hat in jedem seiner drei Schulhäuser für Ungelernte ein schönes Jugendheim mit Klavier und anderen Musikinstrumenten, mit Bücher- und Spielschränken, einen Vortragsaal, teils mit Bühne, überall mit Lichtbildapparaten und Vorführungseinrichtungen für Laufbilder (Kino), Turnhallen und Bastelräumen. Frankfurt am Main hat ähnliches. In anderen Städten versucht man nachzukommen. Die kleineren Städte betreiben keine besondere Jugendpflege für Ungelernte. Soweit solche in den Berufsschulen betrieben wird, und das ist in gut der Hälfte dieser Städte der Fall, werden dabei Lehrlinge und Ungelernte zusammengefaßt.

Weitgehend durchgeführt ist die ärztliche Ueberwachung der Ungelernten. Nur wenige Großstädte, dagegen eine größere Anzahl von Mittelstädten haben eine solche nicht. Ueber die Wirkungsstärke dieser Ueberwachung ist allerdings nichts Genaueres bekannt.

Ein Teil der Städte hat in den Unterrichtsplan auch Turnen, Schwimmen, Sport und andere Leibesübungen aufgenommen. Meistens fehlen dafür allerdings die geeigneten Räume. Bei der dringenden Notwendigkeit planmäßiger Leibesübungen bleibt hier noch ein weites Gebiet der Entwicklung überlassen.

Eine besonders wichtige Forderung betrifft den Unterricht in Werkarbeit. Immer mehr wird eingesehen, daß dieser Unterricht

dem rein theoretischen vorzuziehen ist und daß er vielmehr geeignet ist, den Geist der Jugendlichen zu entwickeln. Etwa die Hälfte der Großstädte und ein Drittel der Mittelstädte hat solchen Unterricht eingeführt. Es steht um ihn vielfach noch recht schlecht, jedoch hat seit einigen Jahren eine starke Entwicklung eingesetzt. Gegen die Zeit vor drei Jahren ist ein gewaltiger äußerer und innerer Aufschwung zu verzeichnen. Leider spürt gerade dieser Unterricht die Finanznot der Gemeinden besonders stark. Ueber die Arten der Werkarbeit, über ihre Gesichtspunkte und Methoden sind in den Lehrerkreisen die Ansichten noch sehr verschieden. Der Wettbewerb, mit guten Leistungen herauszukommen, ist aber auf der ganzen Linie entbrannt. Gelegentliche Ausstellungen bieten Vergleichsmöglichkeiten.

Damit ist das Wesentliche, was meine Umfrage ergeben hat, berichtet. Es zeigt sich, daß die Frage, ob und wie die Ungelernten zur Berufsschule herangezogen werden sollen, nicht mehr zur Ruhe kommt und daß die Entwicklung dieser Schulgattung einen schnellen Aufstieg durchmacht. Die Gewerkschaften, die besonders viele Ungelernte unter ihren Mitgliedern haben, sollten sich durch ihre Funktionäre dieser Schulgattung annehmen und durch Einflussnahme auf die Verwaltungen zur zweckmäßigen Weiterentwicklung beitragen. Sonst wird diese Schulgattung zur alleinigen Domäne der Lehrer und der Erbschaft.

Unsere Jugend

Die Verlängerung der Schulpflicht!

Die von der preussischen Regierung in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgeschlagene Verlängerung der Schulpflicht verdient die Unterstützung der Gewerkschaften. An sich ist diese Forderung nicht neu, denn die Gewerkschaften haben sie längst in ihrem Programm aufgenommen und sich dafür eingesetzt. Aber während sie bisher noch als theoretische Frage behandelt wurde, kommt ihr jetzt doch eine unmittelbare praktische Bedeutung zu. Es müssen schnell Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, die geeignet sind, den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Die Verlängerung der Schulpflicht erfordert einen bedeutend niedrigeren Kostenaufwand. Außer der dadurch eintretenden Entlastung des Arbeitsmarktes ist auch eine im Interesse der Arbeiterjugend liegende bessere Schulbildung zu erwarten. Die Schuljugend kann heute die Masse des Kulturgutes nicht mehr bewältigen, es werden größere Ansprüche an ihr Können und Wissen gestellt. Auch der unaufhaltsame technische Fortschritt und die damit verbundene dauernde Umwälzung der Arbeitsmethoden erfordert eine umfassende Allgemeinbildung. Die Schule soll den jungen Menschen auf den Ernst des Lebens vorbereiten. Es läßt sich nicht behaupten, daß die im Ausland viel gerühmten deutschen Volksschulen diese Aufgabe befriedigend lösen. Die Verlängerung der Schulpflicht kann wesentlich dazu beitragen.

Die kürzlich vom Internationalen Gewerkschaftsbund herausgegebene Broschüre „Der Schutz der arbeitenden Jugend“ enthält unter anderem auch eine Uebersicht über die Höchstschulpflicht in den einzelnen Ländern. Danach ist das Höchstschulalter auf das 15. Lebensjahr festgesetzt in Norwegen, Südafrika, Chile und noch einigen anderen amerikanischen Staaten. Bis zum 16. Lebensjahr besteht die Schulpflicht in Rumänien (? D. R.), einigen Kantonen der Schweiz, ein Teil von Kanada und 28 Staaten der Vereinigten Staaten von Nordamerika. In acht Staaten der Vereinigten Staaten besteht sogar Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr. Es sei bemerkt, daß es sich hier um die obligatorische Schulpflicht handelt. Deutschland mit seiner bis zum 14. Lebensjahr dauernden Schulpflicht nimmt unter den Ländern keine besondere Stellung ein.

Bemerkenswert ist die Stellung der englischen Arbeiterpartei zu der Frage der Heraushebung des schulpflichtigen Alters. Sie hat auf die Umfrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgendes geantwortet:

„Die Arbeiterpartei hat sich in ihrem Mindestprogramm entschieden für die Heraushebung des schulpflichtigen Alters auf 15 Jahre ausgesprochen. Sobald die nötigen Voraussetzungen gegeben sind, soll die Schulpflicht um ein weiteres Jahr verlängert werden. Die Gemeinden sollen für den Schulbesuch Zuschüsse gewähren, und es soll dafür gesorgt werden, daß diese Zuschüsse aus nationalen Fonds gezahlt werden. Neben der Heraushebung des schulpflichtigen Alters betrachtet die Partei auch die Erhöhung des Alters für die Zulassung zur Arbeit in die Industrie als wichtiges Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit.“

Der Generalfrat der britischen Gewerkschaften unterstützt diese Forderung energisch, und der Minister für öffentliche Erziehung hat erklärt, daß ab 1. April 1931 die obligatorische Schulpflicht

des Organisationsbereiches der Ortsverwaltung München wird die KPD nichts zu spalten haben. Für diesen ihren einzigen „Klassenkampf“ wird sie sich schon ein anderes Tätigkeitsgebiet suchen müssen. Die Schlussausführungen des Kollegen Engel, wobei er erklärte, daß sich die Gewerkschaften stolz zur Sozialdemokratischen Partei bekennen, wurden von der Generalversammlung mit starkem Beifall entgegengenommen. — Beim zweiten Punkt erläuterte Kollege Erhart das neue Ortsstatut, das einstimmig angenommen wurde.

Halle. Dem Erwerbslosenproblem wird nicht nur durch die Zentrale, sondern auch durch die Ortsverwaltung unserer Organisation größte Aufmerksamkeit geschenkt. So haben im Bereich der Ortsgruppenverwaltung Halle in den letzten Wochen und Monaten eine ganze Anzahl von Verhandlungen stattgefunden, die dahin gingen, zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten bei den Gemeindevewaltungen usw. zu beschaffen, andererseits aber auch die nicht unterbringbaren Erwerbslosen auch während der Dauer der Erwerbslosigkeit zu erfassen und in der alten Weise mit der Organisation zu verbinden. Eine stark besuchte Erwerbslosenversammlung am 16. November, in der nur Angehörige des Gesamt-Verbandes vertreten waren, nahm ein Referat des Kollegen Ferchlandt entgegen, welches das Erwerbslosenproblem in Verbindung mit den gesetzlichen Bestimmungen behandelte. In der Diskussion ergab sich, daß trotz der Verschiedenheit der politischen Bekenntnisse die erwerbslosen Verbandsmitglieder jeden Versuch der Ablenkung auf ein politisches Gleis mit aller Entschiedenheit abwehrten, so daß bei aller berechtigten Schärfe der Kritik an den gegenwärtigen Zuständen jeder einzelne Sprecher grundsätzlich und mit Entschiedenheit das Verhalten des Gesamt-Verbandes und seiner Leitung billigte. Die Versammlung nahm zugleich die Wahl von 5 Delegierten in den Erwerbslosenausschuß Halle des ADGB vor, während zugleich 10 Personen aus dem Kreise der Gesamt-Verbands-Erwerbslosen in den Erwerbslosenausschuß der Ortsgruppenverwaltung gewählt wurden. Dieser Ausschuß hat den Zweck, in ständiger Fühlung mit der Ortsverwaltung zu bleiben und die besonderen Interessen der Erwerbslosen gemeinsam mit der Ortsverwaltung wahrzunehmen. Auch die anderen Gewerkschaften haben solche Ausschüsse gewählt, die unter Leitung des Ortsausschusses des ADGB. zusammengefaßt werden. — Besonderes Interesse erregten die Ausführungen über die verschiedenen Pläne zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit, die Aussichten der 40-Stunden-Woche usw., ohne daß im einzelnen an die Wirkung dieser Pläne übertriebene Handlungen für den gegenwärtigen Moment gesetzt wurden. Besondere Befriedigung erweckte die Mitteilung über die generelle Erwerbslosenbeihilfe des Verbandsvorstandes, wobei im einzelnen Wünsche wegen geringerer Festsetzung der Staffelung laut wurden.

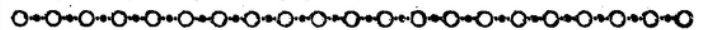
Internationale Rundschau

Die Weltgewerkschaftsbewegung. Das 6. Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes zeigt einen erfreulichen Aufstieg der freigewerkschaftlichen Bewegung. Ende 1928 umfaßte der Internationale Gewerkschaftsbund 694 Landesverbände mit 1689 angeschlossenen Verbänden, 995 örtliche Organisationen und 13 516 269 Mitgliedern in 23 Ländern. Die Mitgliederzahl der internationalen Berufssekretariate hat sich seit der Herausgabe des letzten Jahrbuches Ende 1925 von 13 021 754 auf 15 709 861 erhöht, also um rund 688 000. Daß diese Zahl höher ist als die Mitgliederzahl des IGB, erklärt sich daraus, daß nicht alle Verbände, die ihrer Landesorganisation angeschlossen sind, einer Berufsinternationale angehören. Die Zahl der internationalen Berufssekretariate hat sich durch Anschluß der Lehrer-Internationale von 26 auf 27 erhöht, die Zahl der ihnen angehörenden Organisationen von 597 auf 603. Besonders interessant sind die Zahlen über die Weltgewerkschaftsbewegung. Im Jahre 1927 betrug die Zahl sämtlicher Organisierten 46 187 060, während sie im Jahre 1928 44 190 525 betrug. Freigewerkschaftlich organisiert sind in der ganzen Welt im Jahre 1928 19 862 307 gegenüber 19 577 448 im Jahre 1927; kommunistisch im Jahre 1928: 11 706 906 gegenüber 13 670 462 im Jahre 1927. Die kommunistische Organisation zählt heute 1 969 556 Mitglieder weniger, was zum wesentlichen auf eine Berichtigung der kommunistischen Mitgliederzahl in China zurückzuführen ist, mit der die Kommunisten im Jahre 1927 die Welt überraschten. Das hat sich als Bluff erwiesen. Die sogenannte kommunistische Gewerkschaftsbewegung in China ist zusammengebrochen. Konfessionelle zählt die Gewerkschaftsbewegung 1928: 2 120 562 Mitglieder gegenüber 2 149 069 in 1927. Die syndikalistischen Organisationen zählten 1928: 323 643 Mitglieder gegenüber 285 500 in 1927. Die sonstigen Organisationen haben einen Mitgliederstand von 10 177 107 gegenüber 10 704 581 in 1927. Es zeigt sich also nach diesen Zahlen, daß die freigewerkschaftliche Bewegung eine überragende Stellung, und zwar in allen Ländern hat und sich wieder gut vorwärts entwickelt.

RUNDSCHAU

Geburtenhäufigkeit und Kindersterblichkeit. Die sächsische Regierung hat in einer Denkschrift über Ehe- und Sexualberatungsstellen sehr wertvolles Material über die Geburtenhäufigkeit und Kindersterblichkeit veröffentlicht. Auch dieses Material zeigt mit eindringlicher Deutlichkeit, daß bei den Arbeitern die meisten Kinder geboren werden und auch die meisten sterben. Die Ermittlungen ergaben, daß in 900 Ehen bei 15jähriger Ehebauer geboren wurden bei den Akademikern 2,7 Kinder, freien Berufen 3,0 Kinder, Beamten und Lehrern 3,2 Kinder, Kaufleuten 3,4 Kinder, Handwerkern 3,8 Kinder, Angestellten 4,3 und Arbeitern 6,0 Kinder. Es ist also der Wille zum Kinde in jenen Kreisen, die Kinder ernähren können, viel geringer als in den breiten Massen. In den wohlhabenden Kreisen wird die Geburtenzahl bewußt beschränkt, und der Appell, den Geburtenrückgang zu bekämpfen, mühte daher in erster Linie an diese Kreise gerichtet werden. — Die Kindersterblichkeit ist bei den Arbeitern wesentlich größer als bei den Reichen. Nach der Denkschrift starben bei den Akademikern 5,4 Proz., bei den freien Berufen 8,1 Proz., Beamten und Lehrern 6,1 Proz., Kaufleuten 9,0 Proz., Handwerkern 15,6 Proz., Angestellten 16,3 und Arbeitern 20,7 Proz. Der Unterschied ist ganz enorm. Bei den Bessergestellten stirbt danach jedes 20., bei den Arbeitern aber jedes 5. Kind. Auch dies ist ein Beweis dafür, daß die soziale Lage der Arbeiter noch wesentlich verbessert werden muß.

Die Ursachen der Betriebsunfälle! Ueber die Ursachen der Unfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften veröffentlicht das Statistische Reichsam eine Zusammenstellung, die für die Beurteilung der Unfallvorgänge nicht ohne Bedeutung ist. Wenn hier auch die vielen Umstände und Einzelheiten, die der Tragödie meistens vorangehen und oft den Ausschlag bei dem traurigen Ereignis geben, nicht erwähnt werden, so sind schon die reinen Zahlen eine Warnung an alle Arbeiter und Angestellten. Insgesamt ereigneten sich bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften, ohne Landwirtschaft und Bergbau, im Jahre 1928 rund 924 000 Unfälle, davon waren 4621 tödlich. Rund 57 000 Unfälle wurden entschädigt. Die meisten Unfälle ereigneten sich beim Transport, und zwar 246 600, wovon 1427 tödlich verliefen. An Arbeitsmaschinen kamen 120 126 Unfälle vor, davon 209 mit tödlichem Ausgang. Der Zusammenbruch und Einsturz von Gegenständen erforderte 80 700 Unfälle, davon 426 tödliche. Auf dem Wege von und zur Arbeit ereigneten sich 51 000 Unfälle, wovon 542 einen tödlichen Ausgang nahmen. Weiter werden verzeichnet: beim Handwerkzeug 52 500 Unfälle mit 30 tödlichen; durch feuergefährliche heiße und ätzende Stoffe, auch Rufe 46 600 Unfälle mit 247 tödlichen; durch Fördermaschinen und Fördereinrichtungen 24 200 Unfälle mit 285 tödlichen. Durch Tiere wurden 8429 Unfälle, davon 43 tödliche herbeigeführt; durch Kraftübertragungsanlagen 6600, davon 332 tödliche; durch Kräftezeugungsanlagen 3200, davon 38 tödliche; durch Schweiß- und Schneideanlagen 3100, davon 21 tödliche; durch Explosivstoffe 429, davon 41 tödliche usw. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften betrug die Zahl der Unfälle 233 000, wovon 2788 tödlich verliefen. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften kamen auf 1000 Vollarbeiter rund 93 Unfälle. Gestiegen gegenüber dem Vorjahr sind hauptsächlich die Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit. In den den Bergbehörden unterstellten Betrieben wurden im Jahre 1928 rund 150 000 Unfälle, davon 1362 tödliche, angemeldet. Hier waren die Unfälle durch Steinfall besonders zahlreich.



Die deutschen Zollerträge. Bei der Erhöhung der Zölle spielt auch der voraussichtliche Ertrag aus den erhöhten Sätzen eine bedeutende Rolle. Zwar tritt dieses von den Zollanhängern angeführte Argument gegen ein anderes, den Schutz der nationalen Produktion, in den Hintergrund, wird aber von allen Ländern in gleicher Weise für die Zollidee ins Feld geführt. Indes sind die Erträge aus Zöllen nicht erheblich, und die Nachweise über die in Deutschland im Jahre 1929 erzielten Zollerträge weisen gegenüber 1928 sogar eine Verminderung der Zolleinnahmen auf. Der Gesamtzollertrag betrug 1929 rund 1132 Millionen Mark gegen 1194 Millionen Mark 1928. Das Zollaufkommen blieb also um 62 Millionen Mark hinter 1928 zurück. Allerdings ist gegen frühere Jahre eine bedeutende Steigerung eingetreten. Die deutschen Zolleinnahmen betrugen 1925 rund 549 Millionen, 1913 rund 723 und 1900 rund 492 Millionen Mark. Die höchsten Zollerträge liefern die Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und andere tierische und pflanzliche Naturerzeugnisse sowie Nahrungs- und Genussmittel, die 1929 rund 822 Millionen Mark brachten gegen 871 Millionen im Vorjahre. Die mineralischen und fossilen Rohstoffe sowie Mineralöle brachten 127 Millionen Mark gegen 113 Millionen 1928. Aus Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen und Fahrzeugen wurden 36 Millionen Mark gewonnen, aus unedlen Metallen und Waren 26 Millionen, aus Waren aus tierischen oder pflanzlichen Schnittformen 8 Millionen, aus Kautschukwaren 7,8 Millionen, aus chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen sowie Farben und Farbwaren 7,5 Millionen, aus Leder und Lederwaren 6,4 Millionen usw. Erwähnt sei auch, daß diese Zollerträge die durch Hingabe von Einfuhrscheinen begünstigten Zölle einschließen. Es wurden 1929 Einfuhrscheine in Höhe von 98,2 Millionen Mark gegen 60,8 Millionen Mark 1928 in Zahlung gegeben.

Die Todesursachen in den wichtigsten europäischen Ländern. Die verschiedenen Völker Europas sind für die einzelnen Krankheiten, die am häufigsten den Tod der Menschen verursachen, ganz verschieden empfänglich. Durch die modernen Heilmethoden geht die Zahl der Sterbefälle an Tuberkulose fast in allen Ländern zurück. Wir haben auf unserem Schaubilde die Durchschnittsjahre von 1919 bis 1928 dargestellt, also für das erste Jahrzehnt nach dem Krieg die Sterblichkeit nach Todesursachen zerlegt. Sehr hoch ist die Tuberkulosesterblichkeit noch in Oesterreich und Frankreich. Derhältnismäßig niedrig ist sie in Holland, Deutschland und England. Der Krebs tritt im Gegensatz zur Tuberkulose fast in allen europäischen Ländern immer häufiger als Todesursache auf. Hier haben Italien und Spanien eine sehr geringe Sterblichkeit, während sie in Deutschland nahe dem Durchschnitt von Europa ist, sehr hoch in der Schweiz und wieder in Oesterreich. Dafür sind in Italien und in Spanien die Krankheiten der Atmungsorgane, also vorwiegend Influenza und Lungenentzündung, mit sehr hohen Ziffern zu verzeichnen. Die organischen Herzleiden sind neben dem Krebs die einzigen Todesursachen, die immer häufiger auftreten, sicherlich deswegen, weil der Gesamtorganismus der Menschen in dem Getriebe des modernen Lebens rascher verbraucht wird.

Länder	Tuberkulose	Krebs
Deutschland	11,0	11,2
Frankreich	17,0	8,2
England	12,0	12,0
Italien	14,8	6,4
Holland	9,7	11,6
Oesterreich	18,9	15,8
Schweden	15,0	12,4
Schweiz	14,9	14,1
Spanien	15,1	6,0

Länder	Altersschwäche	Gehirnschlag u. Erweichung	Organische Herzleiden	Krankheiten d. Atmungsorg.
Deutschland	14,2	6,3	18,3	15,0
Frankreich	25,3	9,3	13,0	22,2
England	12,2	7,5	12,0	20,3
Italien	13,9	11,5	16,7	30,3
Holland	6,4	6,5	12,3	12,0
Oesterreich	8,3	22,3	12,3	12,3
Schweden	19,6	7,6	12,4	12,5
Schweiz	4,9	4,4	13,3	10,6
Spanien	9,7	13,4	16,8	32,1

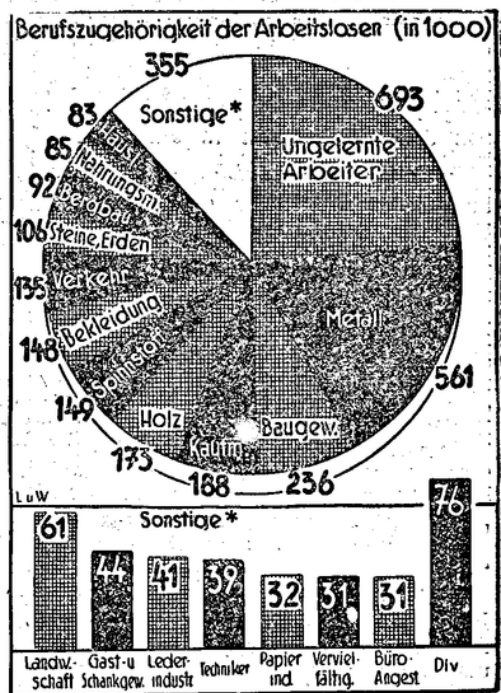
als Todesursache auf. Hier haben Italien und Spanien eine sehr geringe Sterblichkeit, während sie in Deutschland nahe dem Durchschnitt von Europa ist, sehr hoch in der Schweiz und wieder in Oesterreich. Dafür sind in Italien und in Spanien die Krankheiten der Atmungsorgane, also vorwiegend Influenza und Lungenentzündung, mit sehr hohen Ziffern zu verzeichnen. Die organischen Herzleiden sind neben dem Krebs die einzigen Todesursachen, die immer häufiger auftreten, sicherlich deswegen, weil der Gesamtorganismus der Menschen in dem Getriebe des modernen Lebens rascher verbraucht wird.

Die Flucht vor der Heimat. In einer chaotischen Wirtschaftsordnung ist bei Arbeitslosigkeit die Flucht vor der Heimat typisch. Der Bewohner der kleinen Stadt sucht in der nächsten bei Arbeitslosigkeit sein Heil. Darum das Wachsen der Großstadt trotz des Geburtenrückgangs. Oder die arbeitslosen Menschen steuern voll Hoffnung geraden Wegs nach Berlin. Die Stadt der Rettung ist ungeheuer vielen arbeitslosen Menschen die Hauptstadt des Reiches. Aus allen Teilen des Landes strömen die verzweifeltsten Menschen nach Berlin. Meist vergeblich. Und weil die Hoffnung trügerisch war, darum bedeuten die Wanderungszahlen, die

Berlin berichtet, Zahlen der Not und des Elends. Die Zahlen der Todesfälle sind in Berlin größer als die Zahlen der Geburten. Berlin ist darum eigentlich eine aussterbende Stadt. Und doch wächst Berlin von Jahr zu Jahr, weil Jahr für Jahr hoffende Menschen aus allen Teilen des Reiches hier Arbeit suchen. Und wenn sich die Wirklichkeit des Wirtschaftslebens hier dann anders erweist, als die arbeitssuchenden Menschen zuerst gedacht haben, dann gehts wieder zurück. In die Heimat oder in andere große Städte. Wieviel Enttäuschung liegt in der einen Zahl, die Berlin da berichtet, wenn es 285 131 Personen nennt, die im Jahre 1929 wieder von Berlin abwanderten. Und obwohl Hunderttausende wieder enttäuscht fortziehen und obwohl die Zahl der Todesfälle die Zahl der Geburten in Berlin übertrifft, wächst Berlin. Wächst Berlin Jahr für Jahr, nicht nur durch die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens, sondern auch, weil die Zahl der Hoffenden alle Jahre so groß ist. Wenn in ähnlicher Weise große Industriestädte, besonders im Ruhrgebiet, von Abwanderung der Bevölkerung berichten, so zeigt das, daß die großen Industriestädte heute nicht mehr das Hoffungsziel arbeitsloser Menschen sein können. Enttäuscht ziehen viele in ihre alte Heimat zurück. — Zu Arbeit und Brot?

Der frühere Beruf der Arbeitslosen. Nach den Feststellungen der Arbeitsämter war Ende Oktober die Gesamtzahl der Arbeitslosen, d. h. der verfügbaren Arbeitssuchenden abzüglich der Not-

standarbeiter und der in gekündigter oder ungekündigter Stellung befindlichen Arbeitssuchenden, 3 200 000. Das sind 1 1/2 mal mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Nach der beruflichen Zugehörigkeit gehörten die Arbeitslosen fast zu einem Viertel zu der Gruppe der Lohnarbeiter wechselnder Art, also der ungelesenen Arbeiter. Fast ein Fünftel der Arbeitslosen sind aus der Metallindustrie, die übrigen Industriegruppen sind gleichmäßig, entsprechend ihrer Stärke, vertreten. Erstauslich ist, daß das Arbeitsamt in Deutschland 83 000 Arbeitslose aus häuslichen Diensten zählte. In der Gruppe der Angestellten, die sich hauptsächlich aus kaufmännischen Angestellten zusammensetzt, befindet sich ein besonders großer Teil weiblicher Angestellter, und zwar 75 000.



standarbeiter in Deutschland 83 000 Arbeitslose aus häuslichen Diensten zählte. In der Gruppe der Angestellten, die sich hauptsächlich aus kaufmännischen Angestellten zusammensetzt, befindet sich ein besonders großer Teil weiblicher Angestellter, und zwar 75 000.

Lerni Esperanto! Kollege Deubler (München) schreibt uns: „In die Weite, in die Ferne will ich wandern, will ich reisen!“ klingt es in einem schönen Volksliede. Die heiße Sehnsucht nach fremden Ländern und der stürmende Gaten- und Wissensdrang jedes jungen Menschen widerhallt in ihm. Die modernen Verkehrsmittel haben uns die fremden Länder näher gebracht. Der zielbewusste Kampf um mehr Freizeit und Urlaub schafft die Voraussetzungen, die Reiselust zu stillen. Die internationalen Veranstaltung der verschiedenen Arbeiterorganisationen geben dem Gaten- und Wissensdrang Richtung und Inhalt. Nur ein Hindernis schien unüberwindlich: die Sprachenverschiedenheit. Aber auch sie wird überwunden! In der Welthilfssprache Esperanto haben wir eine Sprache die von jedem Menschen innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit erlernt werden kann. Jeder kann schon nach kurzem Studium mit Gesinnungsfreunden im Auslande in schriftlichen Gedankenaustausch treten. Er kann mithelfen das Band internationaler Solidarität fester knüpfen. Er braucht nicht mehr stumm sein im Kreise seiner ausländischen Klassengenossen. Die Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ wird durch Esperanto in einer für alle verständlichen Sprache erschallen. Die Welthilfssprache Esperanto wird von bedeutenden internationalen Organisationen (darunter auch die Internationale Transportarbeiter-Föderation) anerkannt, empfohlen und auch verwendet. Auskünfte über Esperanto, Kurse, brieflichen Unterricht, Literatur, Presse usw. erteilt der Sozialistische Esperanto-Bund (Sitz Frankfurt a. M. 21, Heerstraße 85) oder dessen Ortsgruppen.